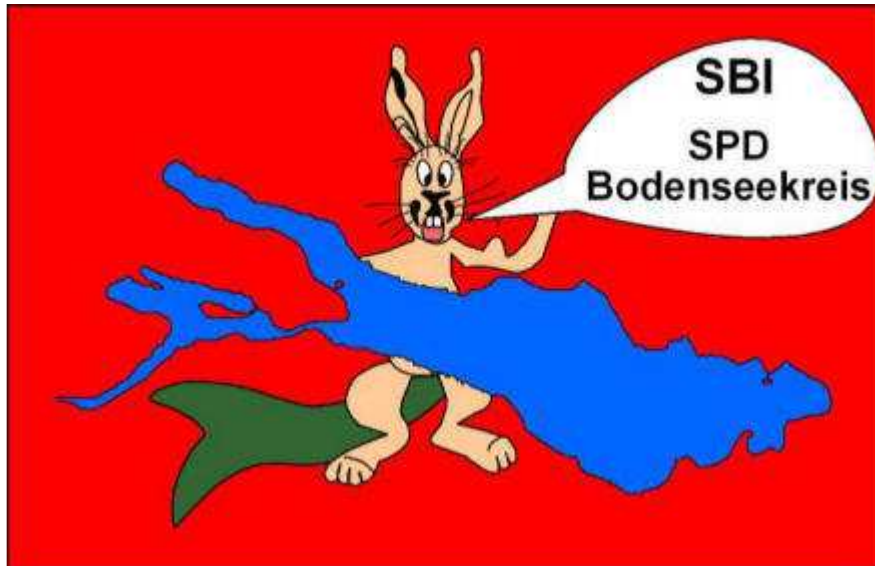


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Die Wichtigkeit der Volksabstimmung lenkt heute den Blick ganz auf Baden-Württemberg.

In einer Woche findet die dritte landesweite Volksabstimmung statt. Durch die Erstere wurde das Land Baden-Württemberg gegründet. Der Protest gegen eine Gebiets- und Verwaltungsreform löste die zweite (vergebliche) Volksabstimmung zur Auflösung des Landtags 1971 aus. Nun stehen wir vor der dritten Volksabstimmung. Aus Sicht der SPD soll sie zur Befriedung der im Streit um Stuttgart 21 entstandenen in der Bevölkerung entstandenen gegnerischen Lager. Der Weg über das „Gesetz zur Kündigung...“ mag umstritten sein. Es ist eben eine vernünftige Lösung, die dann eine ebenfalls umstrittene – aber korrekte Fragestellung auf dem Stimmzettel bedingt.

Wichtig, notwendig wichtig, hierbei ist es, dass die Wahlbeteiligung so hoch ausfällt, dass zumindest ein eindeutiger Wille der Bevölkerung erkennbar wird. Ebenso wichtig ist auch, dass das Ergebnis auch von beiden Seiten akzeptiert wird.

Dies ist von besonderer Bedeutung, da es an ein Wunder grenzen würde, dass die Volksabstimmung die Hürden, die für das Quorum gesetzt wurde, überschreiten wird.

Daher gibt es für alle Demokraten nur eine Parole:

Bürgerinnen und Bürger, geht zur Wahl!

Gleich wie die Abstimmung ausgeht – der Streit um S 21 hat deutlich gemacht, dass sich das Element der direkten Demokratie für die Menschen im Wunsch zu mehr Bürgerbeteiligung bemerkbar macht. Diesen muss die Bevölkerung dann eben auch durch eine hohe Wahlbeteiligung manifestieren.

Wir, die SPD, haben diese Volksabstimmung gefordert, haben uns dazu durchringen können, interne Gegensätze unter uns zu tolerieren. Jetzt haben wir die Chance, die Partei wieder glaubwürdig und wählbar für breite Schichten in der Bevölkerung zu machen.

Es geht um ein Verkehrsprojekt. Wir führen keinen Glaubenskrieg. Wir sind dabei, in Partei und Gesellschaft eine modernere Form des politischen Handelns und Lebens einzuführen.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Resolution Vorstand der SPD Bodenseekreis zur Volksabstimmung zu S 21“	2
- Pro & Contra – Wortlaut Gesetzesvorlage	3 - 4
- Amtlicher Stimmzettel - Merkels Geisterfahrt an den Abgrund Europas - <u>EU</u> : "Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel" - „Höchste Zeit für europäischen Berufsausweis“	5-10
- "Bekämpfung der Spielsucht hat Priorität"	10
- Bürokratieabbau - klare und passgenaue Regeln" - Gründung der SPE Ortenau	10-11
- <u>BW</u> : Fahrzeiten zwischen Südbahnstationen und Flughafen Stuttgart halbieren sich	11-12
- Südbahn unabhängig von S21! - Südbahn-Elektrifizierung nicht vor 2015	12
- SPD macht auf Parteischiene Druck für B 31	13
- SPD-Bodenseekreis : Parteireform und Erfahrungen bei anderen sozialdemokratischen Parteien - Astrid Klug an die SPD-Bodenseekreis - Vorstand der SPD Bodenseekreis informiert sich über Windkraft	13-15
- Stuttgart 21 – Zwei vertretbare Meinungen	15
- „Pressestelle hat das Potential für Missverständnisse unterschätzt“ – Kreistagsresolution zu S21: Stellungnahme SPD Kluffern	15-16
- <u>Lesermeinung</u> : (S 21 und Fahrpläne)	16
- MdEP Peter Simon spricht in Salem	16-18
- Termine - S`Rote Fuchsle zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	19
- <u>SBI</u> : Hans-Peter Storz neuer Präsident der deutschen Gruppe SBI - <u>SP Kanton SG</u> :	
- Grosser Erfolg für die St.Galler SP	20-21
- SP tritt mit Paul Rechsteiner zum 2. Wahlgang an - Pauschalsteuer abschaffen: „Ja!“	21-22
- SP: Film zu Abschaffung Pauschalsteuer	23
- Barbara Gysi kandidiert für St. Galler Regierung - SP Stadt St. Gallen schickt Fredy Fässler ins Rennen um Regierungsratssitz	23-24
- SP schlägt B. Gysi und F. Fässler vor	24-25
- <u>Kanton AI</u> : Roter Punkt im schwarzen Appenzell Innerrhoden (Schweiz)	25-26
- Wahlergebnisse SP in Kürze	26
- <u>SPÖ Vorarlberg</u> : Landeskonzferenz der SPÖ-Frauen Vorarlberg – Nicht Naturschutzorganisationen verzögern eine Verkehrslösung im Unteren Rheintal, sondern die ÖVP!	26-27
- Michael Ritsch wieder SPÖ-Landesvors.	27-28
- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster</u> : „Viele können aufatmen“ - Politischer Martini in Laupheim und in Wolfegg – <u>SPD Kreis RV</u> : Mehr Windkraft - auch in Oberschwaben	28-29
- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis</u> :	
- „Anarchie oder Freiheit“ – Standortreduzierung in Ulm nicht nachvollziehbar	29-30
- Abfallgebührenerhöhungen drohen – Orientierungspapier zur Pflegereform	30-31
- BM für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	31
- Schutz durch Gesellschaft - Eindämmung der Glücksspielsucht – Vorlesetag	31-32
- Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion	33-37
- Impressum	38

Volksabstimmung am 27. November 2011

Resolution des Vorstands der SPD Bodenseekreis zur Volksabstimmung zu „Stuttgart 21“

Der Vorstand der SPD Bodenseekreis bittet die Bürgerinnen und Bürger darum, die Volksabstimmung, ob das Land Kosten von 823,8 Mio. € für „Stuttgart 21“ übernehmen soll, für so wichtig wie eine Wahl zu nehmen und dies mit einer hohen Wahlbeteiligung zu manifestieren. Eine hohe Wahlbeteiligung bei der ersten landesweiten Volksabstimmung seit 40 Jahren in unserem Land wird außerdem auch ein Signal für den Wunsch nach mehr direkter Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen auf allen Ebenen sein. Die Volksabstimmung ist das den Wahlen gleichgestellte Instrument für das Volk zur Ausübung der Staatsgewalt (Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2).

Das Projekt Stuttgart 21 spaltet unser Land in Befürworter und Gegner. Auch wenn die Befürworter heute laut den jüngsten Umfragen die Mehrheit bilden, bleibt bestehen, dass sich die Gegner dieses Projekts in ihren Bürgerrechten überrollt fühlen. Deshalb hat der SPD-Landesvorstand eine Volksabstimmung gefordert, in der die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs darüber bestimmen, ob sich das Land finanziell im Projekt Stuttgart 21 engagieren soll oder nicht. Die SPD hat sich deswegen den Worten von Erhard Eppler in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung angeschlossen: „Unsere Sorge ist der innere Friede in Baden-Württemberg. Die SPD hat sich in der Sache nicht bewegt. Sie ist nach wie vor für das Projekt. Sie sagt aber, dass ... das Volk ... entscheiden muss“, so wie es die SPD zur Landtagswahl versprochen hat.

Dieser innere Friede kann nur dann wiedergewonnen werden, wenn das Ergebnis der Volksabstimmung am 27. November dieses Jahres nicht gedeutet werden kann, das heißt, je höher die Wahlbeteiligung, desto sicherer die Akzeptanz des Ergebnisses durch die Verliererseite.

14.11.2011 über: **Dietram Hoffmann, Medienreferent**

Artikel 20 Absatz 2GG: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt",

Es ist wenig bekannt, dass **repräsentative und direkte Demokratie als gleich bewertet betrachtet werden müssen.**

die Redaktion

Pro & Contra

Die Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz

Zehn Argumente FÜR das S 21-Kündigungsgesetz

Pro (heißt hier gegen S 21 Ja-Stimme)

- 1 Stuttgart 21 erfüllt bei hohen Kosten die Erwartungen nicht
- 2 Stuttgart 21 bringt dem Land zu wenig
- 3 Fahrzeiterparnisse gehen vorwiegend auf die Neubaustrecke zurück
- 4 Die Neubaustrecke kommt auch ohne Stuttgart 21
- 5 Stuttgart 21 ist störanfällig und kaum ausbaufähig
- 6 Kostensteigerungen gehen zu Lasten des Landes
- 7 Weitere Kostensteigerungen werden kommen
- 8 Das Land kann den Finanzierungsvertrag kündigen
- 9 Kosten der Kündigung geringer als behauptet
- 10 Alternativen zu Stuttgart 21

Quelle: Information der Landesregierung Baden-November 2011

Zehn Argumente GEGEN das S 21-Kündigungsgesetz

Contra (heißt hier für S 21 Nein-Stimme)

- 1 Ganz Baden-Württemberg profitiert von S 21
- 2 S 21 ist sorgfältig geprüft
- 3 S 21 ist leistungsfähig
- 4 S 21 hält Finanzierungsrahmen ein
- 5 Hohe Kostenforderungen an das Land im Falle der Kündigung
- 6 Keine Planung, keine Genehmigung und keine Finanzierung für Alternativen
- 7 Gelder für S 21 sind zweckgebunden
- 8 Kündigung stellt Neubaustrecke Wendlingen-Ulm in Frage
- 9 S 21 schafft zusätzliche Grünflächen
- 10 Klare demokratische Mehrheit für S 21

Württemberg zur Volksabstimmung am 27.
<http://www.bw-stimmt-ab.de/>

Wortlaut der Gesetzesvorlage zur S 21- Kündigung



Baden-Württemberg

Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz am 27. November 2011 Wortlaut der Gesetzesvorlage

Auf Anordnung der Landesregierung von Baden-Württemberg findet am 27. November 2011 eine Volksabstimmung über die von der Landesregierung in den Landtag eingebrachte und vom Landtag abgelehnte Gesetzesvorlage des S 21 - Kündigungsgesetzes statt.

Die Gesetzesvorlage, über die am 27. November 2011 abgestimmt wird, hat folgenden Wortlaut:

„Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)

§ 1

Kündigung der Vereinbarungen

Die Landesregierung ist verpflichtet, Kündigungsrechte bei den vertraglichen Vereinbarungen mit finanziellen Verpflichtungen des Landes Baden-Württemberg für das Bahnprojekt Stuttgart 21 auszuüben.

§ 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.“

Amtlicher Stimmzettel

für die Volksabstimmung über die Gesetzesvorlage des S 21-Kündigungsgesetzes

am 27. November 2011

im Stimmkreis

Stimmen Sie der Gesetzesvorlage „Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)“ zu?	
<input type="radio"/> Ja	Nein <input type="radio"/>

Hinweise:

Mit „**Ja**“ stimmen Sie für die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte zur Auflösung der vertraglichen Vereinbarungen mit Finanzierungspflichten des Landes bezüglich des Bahnprojekts Stuttgart 21 auszuüben.

Mit „**Nein**“ stimmen Sie gegen die Verpflichtung der Landesregierung, Kündigungsrechte zur Auflösung der vertraglichen Vereinbarungen mit Finanzierungspflichten des Landes bezüglich des Bahnprojekts Stuttgart 21 auszuüben.

Sie haben **1 Stimme**. Bitte in nur **einen** Kreis ein Kreuz (X) einsetzen.
Den Stimmzettel dann bitte in den Abstimmungsumschlag einlegen.

Quelle: Information der Landesregierung Baden-Württemberg zur Volksabstimmung am 27. November 2011
<http://www.bw-stimmt-ab.de/>

Nochmals in Kürze:

- Wer für Stuttgart 21 stimmen will, kreuzt „Nein“ an
- Wer gegen Stuttgart 21 stimmen will, kreuzt „Ja“ an

Zum Verlauf der EURO-Krise

Merkels Geisterfahrt an den Abgrund Europas (Stand: 03.11.2011)

Als die Finanzkrise die Staatsschulden der Mitgliedstaaten in die Höhe schießen ließ und als der erste EURO-Staat, das kleine Griechenland um europäische Unterstützung bitten musste, hieß es von deutscher Seite: "Keinen Cent für Griechenland!" Nun, anderthalb Jahre und zwei europäische Rettungsschirme in Billionenhöhe später, heißt es diesmal vor dem Gipfel in Cannes: „Merkel und Sarkozy haben genug: «Kein Cent» gebe es vorläufig für Griechenland.“

Bisher wurde Europa weiterentwickelt, wenn sich im Verlauf der europäischen Einigungsgeschichte neue Herausforderungen oder akute Notwendigkeiten für institutionelle Veränderungen einstellten. Deutschland hat bisher - seiner Größe entsprechend - seinen positiven Beitrag geleistet und für Deutschland hat es sich immer gelohnt.

Anstatt zur Bewältigung der Finanzkrise diesen Weg weiter zu beschreiten, machte die deutsche Bundesregierung eine 180-Grad-Kehrtwendung und fährt seither als Geisterfahrer mit den europäischen Errungenschaften und Unmengen von Steuergeldern im Gepäck entgegen der Fahrtrichtung und öffnete den Finanzmärkten die Tür zur Spaltung und Gefährdung der Einheit Europas. Statt durch den Ausbau der Macht und Kompetenz der Europäischen Zentralbank (EZB) und möglicher gemeinsamer Instrumente (wie etwa „Eurobonds“ oder eine „Bank für öffentliche Anleihen“) Europa zu stärken, drang sie auf eine Lösung, die Griechenland nicht half, sondern zusätzlich belastete, die die Schwäche anderer Mitgliedstaaten noch verstärkte und die den Zinsdruck auf staatliche Refinanzierungsanleihen noch mehr befeuerte. Statt die geballte Finanzmacht Europas gegen die Wetten auf den Zerfall Europas zu nutzen, zauderte sie und behinderte gesamteuropäische Lösungen - und sie trieb damit die Rettungskosten in die Höhe.

Die USA, England und auch Japan haben höhere Schulden als die EURO-Zone. Sie sind jedoch dem Druck der Finanzmärkte in weit geringerem Maße ausgesetzt, weil sie eine Notenbank haben, die als letzter Geldgeber bereitsteht und jederzeit Staatsanleihen kaufen kann. Aber genau diese Kompetenz will die Bundesregierung bis heute der EZB nicht übertragen. So wird Frau Merkel die Geisterfahrt ungebremst fortsetzen und zu Recht wurde schon vor dem letzten EURO-Gipfel diagnostiziert:

„Nach jedem Rettungsgipfel steigen erst Aktien- und Euro-Kurse. Dann hört man nichts. Und später kommt die nächste Panikrunde samt Notgipfel mit laufender Nummer XY. So war das nach dem Kri- sentreffen vom 21. Juli. So ist das im Grunde seit

zwei Jahren.“ (Thomas Fricke, Financial Times Deutschland, 28. Oktober 2011).

Im Folgenden zunächst eine kurze Chronik zum ersten Krisenjahr in Deutschland:

15. September 2008 Die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers meldet Insolvenz an und löst damit die Finanzkrise aus, der Geldfluss kommt nahezu zum Erliegen, die Kreditinstitute leihen sich kaum noch Geld.

5. Oktober 2008 Die Bundesregierung garantiert allen Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Spareinlagen sicher sind. Die Bank Hypo Real Estate wird mit einer Bürgschaft von 50 Milliarden Euro vor dem Konkurs bewahrt, die dann mehrmals aufgestockt werden musste.

17. Oktober 2008 wird das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und damit der Bankenrettungsfonds (SoFFin) beschlossen. Der „Rettungsschirm für die Banken“ umfasst bis zu 500 Milliarden Euro, aufgeteilt in Garantien von 400 Mrd. Euro und 100 Mrd. Euro als Kapitalhilfe (wie etwa die 18 Milliarden, die der Commerzbank zur Verfügung gestellt wurden).

5. Dezember 2008 Beschluss für einen Schutzschirm für Arbeitsplätze“ (Konjunkturpaket I) und am

27. Januar 2009 für das Konjunkturpaket II. Es ist das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik. Zusammen mit dem ersten Konjunkturpaket erhält Deutschland damit einen Impuls mit einem Gesamtvolumen von 80 Mrd. Euro. Das Paket umfasst ein Bündel von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in den Zukunftsbereichen Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz, wie die Umweltprämie – auch bekannt als Abwrackprämie – oder das Zukunftsinvestitionsgesetz für Kommunen.

6. März 2009 Im Rahmen des Konjunkturpakets 2 wird der „Wirtschaftsfonds Deutschland“ eingerichtet. Der Fonds soll Bürgschaften und Kredite an Unternehmen vergeben, die durch Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine finanzielle Schieflage geraten sind. Insgesamt werden für den Fonds 115 Milliarden Euro bereitgestellt.

27. Mai 2009 Die Krise verschärft sich weiter, der Abschwung hat sich im ersten Vierteljahr sogar beschleunigt. Gerechnet wird damit, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands real um 6,0% sinkt – der stärkste Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik.

12. Juni 2009 Die „Schuldenbremse“ wird beschlossen.

24. Juni 2009 Die tiefste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik führt im Haushalt 2010 zu einer Rekordneuerschuldung von rund 86 Milliarden Euro, lediglich 6 Milliarden Euro waren vor Ausbruch der Krise vorgesehen. Zu dieser Neuverschuldung kommen noch 2010 die Kredite vom Investitions- und Tilgungsfonds sowie vom SoFFin hinzu.

3. Juli 2009 Durch das Finanzmarktstabilisierungsfortentwicklungsgesetz haben Banken nun die Möglichkeit, Wertpapiere an „Bad Banks“ auszulagern und ihre Bilanzen zu bereinigen.

1. September 2009 Die Bundesregierung beschließt Hilfen von insgesamt 17,5 Mrd EUR zur Vermeidung einer drohenden Kreditklemme. Zudem soll die Kreditversorgung der Unternehmen durch die Vergabe von Globaldarlehen der KfW an die Banken verbessert werden. Hierfür ist aus dem „Wirtschaftsfonds Deutschland“ ein Volumen von bis zu 10 Mrd EUR vorgesehen.

Wie in Deutschland mussten auch in allen anderen europäischen Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise neue Schulden aufgenommen werden.

Die hohe Verschuldung der europäischen Mitgliedstaaten ist so vor allem eine Folge der Finanzmarkt-krise. Diese verursachte mit den Folgekosten für die Bankenrettung, die Bekämpfung der realwirtschaftlichen Krise und dem Rückgang der Steuereinnahmen die große Neuverschuldung und die Refinanzierungskrise vieler EU-Staatshaushalte. Schon im **Januar 2009** konnte man die Warnung in der Presse lesen: „Staatsschulden - Der Euro schwebt in höchster Gefahr“ und weiter: „Spekulanten haben die Währungsunion ins Visier genommen. Sie wetten auf einen Zerfall der Gemeinschaft und treiben die Zinsen der 16 Staaten auseinander. Um den Euro zu retten, will Brüssel die Länder zum Sparen zwingen. Denn Irland, Spanien und Griechenland verlieren offenbar die Kontrolle über ihre Schulden.“

Man muss daran erinnern: Schon vor fast 3 Jahren wurde über die Rettung des EUROs verhandelt. Damals schlug der luxemburgische Premierminister und Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, eine „stärkere wirtschaftspolitische Koordination“ und „Eurobonds“ vor. Die gemeinsamen europäischen Anleihen sollten es kleinen und gefährdeten Ländern ermöglichen, billiger an Geld zu kommen, um damit ihre Wirtschaft anzukurbeln. Allerdings müsse Hilfe dann auch mit "Auflagen für die Solidaritätsempfänger" verbunden sein.

Doch aus Deutschland kam umgehend ein Veto – nicht nur vom damaligen Bundesbankpräsidenten Axel Weber, sondern auch vom Finanzminister Peer Steinbrück. Eurobonds oder andere gemeinsam finanzierte europäische Lösungen (wie etwa eine Bank für öffentliche Anleihen), um die Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten zumindest teilweise zu entkoppeln, wurden und werden selbst jetzt noch mit dem erweiterten ESFS von Deutschland abgeblockt.

So führte der Zwang sich über die Kapitalmärkte refinanzieren zu müssen, zu einer wachsenden Überschuldung der schwächeren Mitgliedstaaten und damit zur Euro-Krise. **Griechenland** als

schwächstes Glied der Eurozone war diesem Druck am wenigsten gewachsen und an Griechenland wurde das Bedrohungsszenario für den EURO durchexerziert, obwohl Griechenland wirtschaftlich mit 2,5 Prozent vom BIP der Eurozone ein Winzling unter den Mitgliedstaaten ist.

Als die griechische Regierung die Schätzung des Staatstdefizits für 2009 auf 12 Prozent korrigierte, führte das zu einem schlechteren Rating mit der Folge, immer tiefer in der Schuldenkrise zu versinken, da die Investoren aus Misstrauen über die Zahlungsfähigkeit des Landes immer höhere Zinsen auf Staatsanleihen forderten. In der EU wuchs die Angst vor einem Staatsbankrott, der andere Länder anstecken könnte.

Als dann Griechenland **im Frühjahr 2010** vor der Pleite stand, weigerte sich die Bundesregierung lange, den Griechen zu helfen. Es würden andere Länder wie Portugal ebenfalls um Unterstützung bitten und irgendwann auch ein großes Land. Das würde die Währungsgemeinschaft überfordern. So hatten die Euro-Länder rund zwei Monate um den umstrittenen Notfallplan gerungen. Vor allem Deutschland hatte gezögert und schließlich strikte Bedingungen für Hilfen sowie die Beteiligung des IWF durchgesetzt. Ziel war es, mit dem Notfallplan die Finanzmärkte von der Kreditwürdigkeit Griechenlands zu überzeugen und die Hilfen nicht zum Einsatz zu bringen.

Bis schließlich **Anfang Mai 2010** die EU-Finanzminister beschließen, Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro zu gewähren: 80 Milliarden kommen von den Euro-Staaten, 30 vom IWF. Deutsche Banken verpflichten sich Griechenland-Anleihen zu kaufen. Im Gegenzug wird Griechenland verpflichtet, hart zu sparen, die Wirtschaft zu reformieren und staatliche Unternehmen zu privatisieren.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschließt, Staatsanleihen kriselnder Staaten aufzukaufen. Sie will verhindern, dass die Länder ihre Schulden nicht mehr bedienen können, weil die Zinsen immer weiter steigen. Ihre Statuten verbieten ihr, Anleihen direkt von den Emittenten zu erwerben; also wird sie am öffentlichen und privaten Anleihemarkt – dem sogenannten Sekundärmarkt – tätig. Mit der Ankündigung bricht die EZB mit einem Tabu: Bisher hat sie derartige Mittel zur Krisenbekämpfung stets abgelehnt.

7. Juni 2010 Die Euro-Finanzminister gründen die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), den sogenannten Euro-Rettungsschirm. Die Zweckgesellschaft soll im Notfall am Kapitalmarkt Kredite aufnehmen, um klamme Staaten finanziell zu stützen. Die Euro-Länder sollen für die Kredite bürgen, Deutschland mit bis zu 148 Mrd. Euro. Der EFSF umfasst insgesamt 750 Mrd. Euro. Die tatsächliche Kreditvergabekapazität liegt niedriger,

weil für ein AAA-Rating hohe Garantien erforderlich sind.

21. November 2010 Irland bekommt Hilfskredite in Höhe von 85 Milliarden Euro vom Euro-Rettungsschirm.

28. November 2010 Die Finanzminister der Euro-Länder einigen sich auf einen dauerhaften Krisenfonds, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Er soll 2013 den Rettungsfonds EFSF ablösen. Der ESM umfasst 700 Mrd. Euro, von denen maximal 500 Mrd. an Not leidende Staaten verliehen werden können. Der Rest dient als Sicherheits-einlage. Sie soll die Rating-Agenturen überzeugen, auch dem ESM Bestnoten zu verleihen. Im Gegensatz zum EFSF wird der neue Fonds mit einer Bar-einlage in Höhe von 80 Mrd. Euro ausgestattet.

Dezember 2010 Jean-Claude Juncker schlägt erneut Euro-Bonds vor. Deutschland stellt sich erneut quer: Es wird befürchtet, Euro-Bonds würden den Anreiz senken, solide zu wirtschaften. Juncker wirft der Bundesregierung eine "uneuropäische Art" vor und findet: "Deutschland denkt da ein bisschen simpel."

Ende 2010 sind Griechenlands Schulden von 105 Prozent vorm Ausbruch der Finanzkrise (2007) auf mehr als 140 Prozent und bis zum **Oktober 2011** auf 166 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen.

11. März 2011 Die Staats- und Regierungschefs beschließen, die Kreditvergabekapazität des EFSF auf 440 Milliarden aufzustocken. Außerdem einigen sich die Staaten auf den "Pakt für den Euro" – die Selbstverpflichtung, sich in der Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik enger abzustimmen – und verpflichten sich zum Sparen. Gleichzeitig wird der Stabilitäts- und Wachstumspakts verschärft.

7. April 2011 Portugal bekommt 78 Milliarden Euro vom EU-Rettungsschirm.

21. Juli 2011 Die Euro-Länder beschließen das zweite Rettungspaket für Griechenland. Es umfasst neue Kredite in Höhe von 109 Milliarden Euro und soll bis 2014 reichen. Erstmals beteiligen sich freiwillig private Gläubiger: Banken sollen 37 Milliarden Euro beisteuern, indem sie griechische Staatsanleihen in neue Bonds mit geringeren Zinsen umtauschen.

8. August 2011 Die Europäische Zentralbank kauft erstmals auch italienische und spanische Staatsanleihen am Sekundärmarkt. Sie will damit verhindern, dass die Zinsen für die Krisenstaaten weiter steigen. Mit Erfolg: Der Druck auf die beiden Länder nimmt in den kommenden Wochen etwas ab.

August 2011 Die Debatte über Euro-Bonds entflammt neu. Euro-Gruppen-Chef Juncker ist dafür, die Krisenstaaten im Süden auch. In Deutschland drängen SPD und Grüne auf die gemeinsamen Anleihen; auch in der CDU bröckelt der Widerstand. Die FDP ist weiterhin strikt gegen Euro-Bonds, auch Angela Merkel lehnt sie ab. Es gibt Gerüchte, Frankreich könnte sein AAA-Rating verlieren

31. August 2011 Das Bundeskabinett setzt die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 21. Juli um.

Deutschland bürgt für weitere 211 Milliarden Euro. Künftig soll der Bundestag über alle neuen Hilfen abstimmen.

August/September 2011 Die Angst vor einer neuen großen Bankenpleite wächst. Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), fordert deshalb, die Banken mit neuem Kapital auszustatten, das direkt vom Rettungsfonds EFSF kommen soll. Die Spekulationen über eine mögliche Insolvenz Griechenlands nehmen zu. Die griechische Wirtschaft schrumpft stärker als gedacht. Wirtschaftsminister Philipp Rösler schließt eine geordnete Insolvenz nicht mehr aus.

29. September 2011 Der Bundestag billigt die von den Euro-Ländern geplante Aufstockung des Rettungsfonds EFSF auf 780 Milliarden Euro, von denen 440 Milliarden an überschuldete Euro-Staaten verliehen werden können. Treten die geplanten Änderungen in Kraft, steigen die deutschen Garantien um 88 Milliarden auf 211 Milliarden Euro.

26. Oktober 2011 Der Bundestag stimmt für die Erweiterung des EFSF. Die Interventionssumme soll durch einen finanztechnischen Hebel erhöht werden. Außerdem fordert das Parlament mehr Eigenkapital für Banken und eine Finanztransaktionssteuer. In Brüssel beschließen die europäischen Regierungschefs die EFSF-Hebelung, einen Schuldenschnitt für Griechenland und die Beteiligung der Banken an den Verlusten. Will man an dieser Stelle die Krisenlösungsmaßnahmen resümieren, so kann man nur konstatieren: Die Regierungen Europas haben – unter Anleitung der deutschen Bundesregierung – mit den bisherigen Rettungsmaßnahmen, die im wesentlichen nur die stufenweise Erhöhung von Kreditspielräumen waren und den Aufkäufern von Staatsanleihen dienten, die Krise weniger bewältigt als befeuert.

Eine Rettung Griechenlands wäre wesentlich früher und vor allem nicht zu diesem hohen Preis möglich gewesen. Hätte Europa nur sofort gemeinsam gehandelt und bei der Hilfe nicht solange gezögert. Bis heute gibt es kein wirksames wirtschaftliches Hilfsprogramm, das das Land auf die Beine bringen kann.

Leider gilt, was der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede am 26.10. 2011 im Bundestag so treffend das „Merkel’sche Gesetz“ nannte: „Je bestimmter ich etwas ausschließe, desto sicherer kommt es am Ende doch.“ Zur Begründung sagte er: „Sie erinnern sich: Kein Cent für Griechenland. – Am Ende waren es 22,4 Milliarden Euro.“

Weiter hieß es: Griechenland ist ein Einzelfall. – Dann kam der Rettungsschirm. Danach wurde gesagt: Der Rettungsschirm wird nicht in Anspruch genommen. – Dann kamen Irland und Portugal. Schließlich wurde gesagt: Der Rettungsschirm ist temporär. – Dann kam der ESM, der Europäische

Stabilitätsmechanismus. Das setzt sich jetzt bei der Erweiterung des Rettungsschirms fort.“

Die wachsende Überschuldung der Staaten wurde bisher nicht gestoppt. Es ist zu befürchten, dass die Krise sich solange fortsetzt, solange sich die politischen Entscheidungen nicht an der Entwicklung eines gemeinsamen Europas orientieren.

Hilde Mattheis, MdB

03.11.2011



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel"

Europäisches Parlament fordert weitergehende und umfassende Maßnahmen zur Krisenbewältigung und –prävention

„Notoperation vollzogen, der Patient lebt, aber langfristig über den Berg ist er damit noch lange nicht. Wer jetzt schon wieder von einem Durchbruch spricht, der verkennet den Ernst der Lage. Denn auch die aktuellen Maßnahmen verschaffen lediglich kurze Verschauf-Pausen, wenn wir nicht umgehend umfassende und nachhaltige Lösungen schaffen. Wir müssen endlich wieder aus der Rolle der Getriebenen, die nur reagieren und nicht mehr agieren heraus“, fordert der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** hinsichtlich der Ergebnisse des EU-Gipfels, der heute in den frühen Morgenstunden zu Ende ging. Dort beschlossen die europäischen Regierungschefs u.a. einen 50%-igen Schuldenschnitt für Griechenland, eine temporär höhere Kapitalausstattung für Banken, eine Hebelung der Mittel des temporären Stabilisierungsfonds und eine engere wirtschaftspolitische Kooperation, insbesondere unter den Mitgliedern der Eurozone.

Für das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses stellen die Ergebnisse des Gipfels zwar einen bedeutenden Schritt dar, jedoch komme die Entscheidung zu spät und sei immer noch zu kurz gedacht. "Nachhaltiges Krisenmanagement sieht anders aus", kommentiert **Peter SIMON**. Erstens müsse die Finanzmarktregulierung vorgebracht werden, denn es bedürfe klarer Spielregeln auf den Märkten. Zweitens müsse durch Ausarbeitung und Implementierung eines funktions- und handlungsfähigen permanenten Europäischen Währungsfonds

die temporären Stabilisierungsmaßnahmen endlich abgelöst werden, um damit das notwendige Vertrauen zu schaffen. Den Beschlüssen fehle zudem die Erklärung zur gemeinsamen Vermarktung eines Teils der Staatsanleihen durch Eurobonds, denn der vorhandene Einfluss von Spekulanten auf dem Markt für Staatsanleihen sei politisch wie ökonomisch nicht hinnehmbar. "Auch ein klares Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer steht nach wie vor aus, damit die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt werden. Und um die Europäische Union zukunftsfähig zu machen, brauchen wir dringende neue Wachstums- und Investitionsprogramme anstelle eines bloßen Spardiktats. Bei allem akuten Krisenmanagement dürfen wir deshalb nicht vergessen, dass wir bereits jetzt die Rahmenbedingungen für die Zukunft schaffen müssen, damit wir erst gar nicht mehr in derart kritische Situationen kommen oder im Extremfall besser darauf vorbereitet sind", fordert **Peter SIMON**.

Besonderes Augenmerk muss dabei auch auf den Schutz des Bürgers und des Verbrauchers gelegt werden. Es kann nicht mehr angehen, dass sie allein die Zeche für die Krise bezahlen“ betont **Peter SIMON**. „Deshalb war es ein wichtiges Zeichen, dass die Banken auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten und ihren Kapitalpuffer erhöhen müssen“. Damit die Sparer im Falle einer Bankinsolvenz zukünftig noch besser geschützt sind, setzt sich **SIMON** als Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments im derzeitigen Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Einlagensicherungsrichtlinie gegenüber Rat und Kommission für angemessen ausgestattete Sicherungsfonds der Banken ein, die die Sparguthaben garantieren. "Denn nur mit einer soliden Finanzausstattung kann das Sicherheitsnetz für den Sparer eng genug gestrickt, der Steuerzahler geschützt und ein Sicherungssystem geschaffen werden, das seinen Namen auch verdient, so **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 27.10.2011

**Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP**

Evelyne Gebhardt:

„Höchste Zeit für europäischen Berufsausweis“

Initiativbericht zur Berufsqualifikation mehrheitlich angenommen

„Ein schnelleres Verfahren, einfachere Rechtsvorschriften und der Abbau bürokratischer Schranken sind für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Europäischen Union wichtig, um es den Menschen zu erleichtern, im EU-Ausland arbeiten zu können“, so die SPD-Europaabgeordnete und Sprecherin der sozialdemokratischen

Fraktion im Europäischen Parlament, **Evelyne Gebhardt**. Nach der Plenarabstimmung zum mehrheitlich angenommenen Initiativbericht zur Berufsanerkennung am Dienstag in Straßburg und fügte Sie außerdem hinzu: „Es fehlt uns aber in dem Bericht an einer dezidierten Zustimmung für einen europäischen Berufsausweis.“

„Obwohl wir bereits 2009 im Europaparlament die Einführung von Berufsausweisen gefordert hatten, war mit der erzkonservativen und europaskeptischen Berichterstatterin dieses Mal leider nicht mehr zu erreichen“, stellte die SPD-Verbraucherschutzexpertin **Gebhardt** fest.

Die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen des EU-Parlaments setzen nun auf den Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, den die EU-Kommission noch dieses Jahr vorlegen will. „Wir erhoffen uns dadurch nicht nur, dass die Einführung des Berufsausweises überprüft wird, sondern auch ein konsequentes Handeln auf europäischer Ebene“, erklärte **Evelyne Gebhardt** weiter.

Der europäische Berufsausweis trägt zur optimalen Nutzung des europäischen Fachkräftepotentials und zur Verbesserung der Freizügigkeit in Europa bei. „Berufliche Mobilität ist ein zentrales Element des Europäischen Binnenmarkts. Jeder Bürger und jede Bürgerin muss die Möglichkeit haben, sein individuelles Recht auf Arbeit überall in der Europäischen Union ausüben zu können“, forderte **Evelyne Gebhardt** abschließend.

Hintergrund:

Mit der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gilt in der EU bereits die automatische Berufsanerkennung auf Grundlage harmonisierter Mindestausbildungsanforderungen im Bereich Gesundheit, sowie eine gegenseitige Anerkennung in den Bereichen Handwerk, Architektur, Industrie und Handel. Im Juni 2011 veröffentlichte die EU-Kommission ein Grünbuch.

Straßburg, 15.11.2011 Für weitere Informationen:
Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)

Evelyne Gebhardt:

"Bekämpfung der Spielsucht hat Priorität"

Europäisches Parlament fordert EU-Kommission zum Handeln auf

„Die Bekämpfung der mit Glücksspielen verbundenen Gefahren muss zusammenhängend und systematisch verfolgt werden“, so die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

Evelyne Gebhardt. Dazu hat das Europäische Parlament am Dienstag in Straßburg einer entsprechenden Entschließung mit großer Mehrheit zugestimmt.

„Das Online-Glücksspiel kennt keine Grenzen, – deshalb muss ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet werden. Bürger und Bürgerinnen müssen gerade hier europaweit besser vor der Suchtgefahr und kriminellen Aktivitäten geschützt werden. Nicht die Liberalisierung des Glücksspielmarktes, sondern starke Schutzmaßnahmen und effektive Regeln, sind das, was die Bürger und Bürgerinnen brauchen. Nun ist die EU-Kommission am Zug“, forderte die hohenlohische Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**.

Die EU-Kommission wird in der nun angenommenen Entschließung dazu aufgefordert, einen gesetzlichen Rahmen für Online-Glücksspiele zu prüfen. Der europäische Glücksspielsektor ist von sehr unterschiedlichen Kulturen und Traditionen geprägt. Die jeweiligen Regelungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten weichen stark voneinander ab. „Das Prinzip der Subsidiarität ist daher äußerst wichtig“, betonte **Evelyne Gebhardt** abschließend.

Hintergrund:

Am 24. März 2011 veröffentlichte die Kommission das Grünbuch "Online-Gewinnspiele im Internet". Die rasante Entwicklung von nicht genehmigten Angeboten von Online-Glücksspiel zeigt wie unabhängig es ist, Schutzmaßnahmen für die Bürger und Bürgerinnen in der EU zu schaffen.

Straßburg, 15.11.2011 Für weitere Informationen:
Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel
(Pressesprecherin)

Bürokratieabbau durch klare und passgenaue Regeln"

Europäisches Parlament folgt mit großer Mehrheit Peter Simons Vorschlägen zur Reform der EU-Beihilfevorschriften für öffentliche Dienstleistungen

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament am Dienstag in Straßburg die Vorschläge des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** zur Reform der EU-Beihilfevorschriften im Bereich der Daseinsvorsorge für sogenannte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) angenommen. Zentraler Inhalt der Vorschläge ist es, die Erbringer und die überwiegend kommunalen Auftraggeber öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. Bildungs- und Kultureinrichtungen, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung oder auch Krankenhäuser und Pflegeheime durch klare und anwenderorientierte Vorschriften büro-

kratisch zu entlasten und die Inanspruchnahme von staatlichen Ausgleichszahlungen zu erleichtern. "Mit diesem Votum senden wir eine klare Botschaft an die Europäische Kommission: Die Beihilferegeln müssen zukünftig effektiver, einfacher und verhältnismäßig sein, die Gestaltungsfreiheit der Mitgliedstaaten wahren und die besondere Funktion öffentlicher Dienstleistungen berücksichtigen. Nur dann bringen die neuen Regeln mehr Rechtssicherheit und führen zu einer Verwaltungsvereinfachung", betont der für das Europäische Parlament federführend Verantwortliche **Peter SIMON**.

Die Forderungen von **Peter SIMON** gehen deshalb in mehreren Punkten über die derzeit vorliegenden Entwürfe der Europäischen Kommission für eine Neuregelung hinaus, die voraussichtlich Ende Januar 2012 in Kraft treten. "Rein lokal relevante Leistungen der Daseinsvorsorge, die aufgrund ihres örtlichen Charakters keinen Bezug zum europäischen Binnenmarkt haben, sollten folglich auch nicht der europäischen Beihilfenkontrolle unterworfen sein. Dies würde unseren Städten und Gemeinden viel unnötige Arbeit ersparen", so **Peter SIMON**. Ausserdem plädiert er bei der Überarbeitung der Beihilfavorschriften dafür, den besonderen Charakter sozialer Dienstleistungen wie z.B. der Krankenhäuser und Pflegeheime stärker zu berücksichtigen, etwa durch eine speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Regelung und eine eigene Ausnahmenvorschrift für Ausgleichszahlungen (De Minimis-Regelung). Des weiteren spricht er sich gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission aus, den allgemeinen Schwellenwert zur Befreiung von der Pflicht, eine staatliche Beihilfe vorab bei der Kommission anzumelden und genehmigen zu lassen (Notifizierungspflicht), von 30 auf 15 Millionen Euro zu halbieren. "Eine Verringerung des Schwellenwertes wäre völlig kontraproduktiv. Anstatt den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, würde er sogar noch gesteigert.", betont **Peter SIMON**. Stattdessen fordert er einen höheren Schwellenwert. Hierdurch könnte ein wesentlicher Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet werden, da so beispielsweise eine größere Anzahl von Leistungen der Daseinsvorsorge von der Meldepflicht ausgenommen würden.

"Um ihrem Anspruch nach einfachen, klaren und passgenauen neuen Beihilfavorschriften gerecht zu werden, muss die Kommission ihre derzeitigen Entwürfe an mehreren Stellen noch nachbessern", so **Peter SIMON**. "Um darüber hinaus aber auch langfristig Rechtssicherheit für alle Akteure zu bieten, sollte sie endlich den seit Jahren von uns Sozialdemokraten im Europäischen Parlament geforderten rechtlichen Rahmen für die Daseinsvorsorge vorlegen. Die Zeit hierfür ist überreif."

**Straßburg, 15.11.2011 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP**

Bericht zur Gründung der SPE Ortenau

Liebe Genossen,

hier endlich mein Bericht:

"Alle reden über europäische Rettungspakete, doch über die Finalität der EU traut sich kaum jemand zu sprechen," bedauert Fabien Vesper, fest entschlossen, diese und andere unangenehme Fragen mit der neu gegründeten "SPE Gruppe Ortenau" anzugehen.

Die SPE ist der Verbund der sozialdemokratischen Parteien in der EU - aber auch mehr als das, denn man kann in der SPE auch direkt Mitglied sein und regionale Gruppe gründen. Über 130 solche SPE-Gruppen gibt es in Europa. Auf der Mimram-Brücke zwischen Straßburg und Kehl hat sich auf Initiative des 31jährigen Fabien Vesper nun die erste SPE-Gruppe Baden-Württembergs gegründet. "Das Generalsekretariat der SPE in Brüssel unterstützt uns mit Informationen und Material und veranstaltet europaweite Kongresse.

Hier vor Ort freue ich mich auf eine noch engere Zusammenarbeit mit den 'camarades' unserer Schwesterpartei im Elsass," erklärt Vesper das Anliegen, das von über 30 anwesenden SozialdemokratInnen geteilt wird, die zur Gründung über dem Rhein Regen und Kälte trotzten.

Im Namen der Parti Socialiste begrüßte Christelle Hamm, 26jährige Stadträtin aus Lingolsheim, die Neugründung und erinnerte an die intensive Kooperation der letzten Jahre. Das Ziel der Verwirklichung der "Vereinigten Staaten von Europa" bekräftigte in seiner Rede der stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Ortenau, Uwe Hengherr. Diese berühmte Forderung des französischen Schriftstellers Victor Hugo habe sich die SPD bereits 1925 in ihrem Grundsatzprogramm auf die Fahnen geschrieben. Doch nicht nur die große Politik werde die "SPE Ortenau" beschäftigen, so Vesper: "Unsere Grenzlage bringt Vor- und Nachteile.

Wir wollen das Beste daraus machen, damit es sich im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau gut leben lässt!" Als symbolischen Akt unterzeichneten die Anwesenden auf der Mimram-Brücke eine feierliche Erklärung zur Verwirklichung der Einheit Europas, die sie in einer Flaschenpost auf eine ungeheure Reise auf dem Rhein schickten.

Solidarische Grüße,

Fabien (Vesper)

Landespolitik:

Effekt von Stuttgart 21 auf Oberschwaben:

Fahrzeiten zwischen Südbahnstationen und Stuttgarter Flughafen halbieren sich

BIBERACH (zel) – Wenn Stuttgart 21 gebaut wird, sind Südbahnpassagiere in der halben Zeit am Stuttgarter Flughafen. Das haben der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster und der Ulmer SPD-Landtagsabgeordnete Martin Rivoir auf einer gemeinsamen Bahnfahrt von Laupheim-West nach Friedrichshafen-Stadt festgestellt.



links MdL Martin Rivoir und rechts MdB Martin Gerster
Foto: Büro Gerster

„Wir wollen, dass die Region maximal gut angebunden ist, nicht nur nach Ulm, sondern darüber hinaus“, stellte Gerster klar und sein Landtagskollege Rivoir präsentierte den anwesenden Journalisten deutliche Zahlen:

Von Friedrichshafen-Stadt nach Stuttgart-Flughafen beträgt die künftige Fahrtzeit 91 statt derzeit 190 Minuten, von Ravensburg 78 statt 175 Minuten, von Biberach-Zentrum 52 statt 142 und von Laupheim-West 57 statt 126 Minuten. Dies hat die Antwort von Grünen-Landesverkehrsminister Winfried Hermann auf eine Anfrage von Rivoir ergeben. Voraussetzung seien aber die Verwirklichung von Stuttgart 21, der Schnellbahntrasse Ulm – Wendlingen, der Südbahnelektrifizierung und der neuen Interregiolinie Stuttgart – Friedrichshafen, erläuterte Rivoir, außerdem würden dann doppelt so viele ICEs wie derzeit zwischen Ulm und Stuttgart verkehren: „Nur mit Stuttgart 21 kommen auch die anderen Verbesserungen, sonst wären diese sinnlos und bei der derzeitigen Unterdeckung des Bundesverkehrssetats von jährlich 600 Millionen Euro würde das Geld woanders verbaut, also auch die versprochenen 70 Millionen Bundesmittel für die elektrifizierte Südbahn“, sind sich die Abgeordneten einig und ebenso, dass der Bund erst nach der

Volksabstimmung am 27. November mitteilt, ob Geld kommt: „Deshalb werben wir für die Teilnahme und ein Kreuz bei Nein zum Ausstiegsgesetz“, so Gerster.

Biberach, den 4. November 2011 Wolfgang Heinzl,
Büroleiter, Bürgerbüro Biberach

Südbahn unabhängig von S21!

Auch wenn es manche S21-Befürworter anderes behaupten: Prognostizierte Reisezeitverbesserungen können nicht allein auf ein einzelnes Infrastrukturprojekt wie Stuttgart 21 zurückgeführt werden, sondern hängen von weiteren Aus- und Neubauvorhaben im Land sowie geplanten Verbesserungen des Verkehrsangebots ab. Das geht auch klar aus einer Antwort des Baden-Württembergischen Verkehrsministeriums auf eine Kleine Anfrage aus der SPD-Fraktion hervor (Drucksache 15/522).

Der Bau von Stuttgart 21 bringt für die Anbindung des Stuttgarter Flughafens in Richtung Ulm und weiter zur Südbahn kaum/keine Verbesserungen. Die Neubaustrecke Ulm-Wendlingen lässt sich auch ohne Stuttgart 21 verwirklichen. Eine bessere Anbindung des Stuttgarter Flughafens wäre schon heute möglich. So könnte zum Beispiel ohne Probleme eine Express-S-Bahn-Linie über die Gäubahn eingerichtet werden.

Bei der Volksabstimmung über das Ausstiegsgesetz geht es ausschließlich um den Ausstieg aus dem städtebaulichen Projekt Stuttgart 21, also um die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs unter die Erde. Andere bereits geplante Aus- und Neubauprojekte wie z.B. die Neubaustrecke Ulm-Wendlingen und die Elektrifizierung der Südbahn stehen nicht zur Abstimmung. Zwischen der Elektrifizierung der Südbahn und der Volksabstimmung besteht kein Zusammenhang. Wer anderes behauptet, täuscht die Bürgerinnen und Bürger.

Bei der Südbahn hat das Land Baden-Württemberg mit der Deutschen Bahn AG 2009 eine Planungsvereinbarung abgeschlossen, die Entwurfs- und Genehmigungsplanungen werden voraussichtlich Ende 2012 abgeschlossen sein, das Baurecht könnte dann ab 2014 erlangt sein. Das Bundesverkehrsministerium sicherte erst letzte Woche zu, dass die Elektrifizierung aufgrund ihrer Bedeutung vorrangig geprüft werden wird. Die neue Landesregierung hat für die Südbahn bereits Mittel eingepplant.

Berlin, den 16. November 2011
Hilde Mattheis, MdB

Kritik an IHK:

Südbahn-Elektrifizierung nicht vor 2015

Nach der Presseveröffentlichungen der IHK zur Südbahn hat sich die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis erneut in Sachen Planungsstand Südbahn an die Bundesregierung gewandt. Das Ergebnis ist ernüchternd: Das Bundesverkehrsministerium bleibt in seinem Schreiben eine Antwort darauf schuldig, ob die Südbahn überhaupt in den Investitionsrahmenplan 2015 aufgenommen wird.

„Damit ist die Finanzierung durch den Bund weiterhin ungeklärt“, sagte Hilde Mattheis. Statt einer Aufnahme in den Investitionsrahmenplan spricht das Bundesministerium von anderen Finanzierungstöpfen wie den Regionalisierungsmitteln, die jedoch nicht für Investitionsausgaben, sondern für den Betrieb vorgesehen sind. „Der Bund drückt sich um eine klare Antwort, anstatt dieses wichtige Investitionsprojekt endlich umzusetzen“, so Mattheis.

Auch der Zeitplan ist noch lange nicht so sicher, wie vor einer Woche unterstellt wurde. Denn das Ministerium geht davon aus, dass erst ab 2014 das Baurecht erlangt werden könnte. „Vor 2015 wird deshalb in Sachen Elektrifizierung wohl nichts passieren“, sagt Mattheis. „Wenn Schwarz nicht schafft, vor der nächsten Bundestagswahl mit dem Bau zu beginnen, ist das eine Kapitulationserklärung der Bundesregierung an die gesamte Region.“

Scharfe Kritik äußerte die Bundestagsabgeordnete auch am Vorgehen der IHK Ulm und Bodensee Oberschwaben. Diese hatten vergangene Woche verbreitet, dass die Bundesregierung grünes Licht für die Elektrifizierung gegeben habe. „Ich frage mich, warum die IHK solche völlig ungesicherten Informationen verteilt und dadurch gezielt versucht Politik zu machen, wenn die Bundesregierung noch nicht einmal dem Parlament eine klare Zusage für das Projekt gibt“, erklärte Hilde Mattheis abschließend.

Berlin, 04.11. 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

SPD macht auf Parteischiene Druck für B 31

In einem gemeinsamen Brief wenden sich die SPD-Funktionäre vor Ort in Sachen „B 31 FN-West“ an den Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg, Dr. Nils Schmid.

In dem auf Initiative von Dieter Stauber (Stadt- und Kreisrat, Mitglied Pro B 31) verfassten Schreiben, wenden sich die Vorsitzenden der SPD-Gemeinderatsfraktion (Roland Frank), des SPD-Kreisverbandes (Adnan Sabah), des SPD-Ortsvereins (Roland Kaczmarek), der SPD-Kreistagsfraktion (Norbert Zeller) und der Bundestagsabgeordnete Martin Gerster damit auch gemeinsam an den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanz- und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg.

Das unsägliche „Schwarze Peter-Spiel“ zwischen Bund und Land müsse nun endlich im Interesse der Region beendet werden. Wenn der zuständige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Dr. Scheuer seine zugesagte Prüfung der privaten Vorfinanzierung der B 31 FN-West nicht durchführt, weil der „grüne Landesverkehrsminister Hermann“ den Bau neuer Straßen ablehne und das Vorfinanzierungsmodell nicht bejahe, dann sei dies untragbar und inakzeptabel.

Die Sozialdemokraten erwarten deshalb, dass das „Wohl und Wehe“ dieser wichtigen Infrastrukturmaßnahme nicht allein von der Passivität des Landes-Verkehrsministeriums in dieser Frage abhängt und drängen den für Wirtschaft zuständigen Minister, hier zu intervenieren.

„Wir erwarten ein positives Signal vom Land, dass eine privat vorfinanzierte B 31 FN-West nicht blockiert, sondern ermöglicht wird.“ Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Die Bürger haben vielleicht Verständnis dafür, dass im Moment nicht ausreichend Straßenbaumittel vorhanden sind. Aber sie haben mit Sicherheit kein Verständnis dafür, wenn in einer solchen Situation privates Geld nicht angenommen wird!“

Außerdem sprechen sich die Vertreter der SPD in dem internen Schreiben dafür aus, dass der jahrelangen Forderung nach einer Priorisierung der Straßenbauvorhaben im Land nun zügig entsprochen wird.

Die Mandatsträger erwarten mit ihrer Initiative auf Parteiebene, dass sowohl vom Bund – als auch von der Landesregierung – in Verantwortung für die Infrastruktur und zum Wohle der Menschen und des Wirtschaftsstandortes gehandelt wird.“

16.11.2011

Dieter Stauber



Parteireform und Erfahrungen bei anderen sozialdemokratischen Parteien

Eine der strittigen Punkte bei der Debatte um die Parteireform ist die Beteiligung von Nichtmitgliedern an innerparteilichen Personalentscheidungen.

Der Rote See hat sich nach einer missverständlichen Auskunft von einem Referenten im Willy-Brandt-Haus in Berlin an die SPD-Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug gewandt. Im Mittelpunkt des Briefes stand dabei der Eindruck, dass in der gegenwärtigen Diskussion in der Partei der internationale Erfahrungsaustausch mit den anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa viel zu kurz kommt.

Warum soll die Debatte über mehr Demokratie und Transparenz innerparteilichen Willensbildungsprozesse nur in einem engen nationalen und regionalen Horizont geführt werden? Darauf hat die SPD-Bundesgeschäftsführerin jetzt im Herbst freundlicherweise geantwortet.

W. Bernhard

Astrid Klug (SPD-Bundesgeschäftsführerin) an die SPD Bodenseekreis

Lieber Willi, liebe Genossinnen u. Genossen am Bodensee,

mit besonderem Interesse habe ich eure Briefe anlässlich der SPD-weiten Debatte zur Parteireform gelesen. Durch eure regelmäßige Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen jenseits der Landesgrenze am Bodensee, in Österreich und der Schweiz, habt ihr einen größeren Einblick als manche innerhalb unserer deutschen SPD-Landesverbände. Dies gilt für diverse Baustellen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ebenso wie bei dem Inhalt eurer Schreiben zur aktuellen Diskussion über die Parteireform. Von Norwegen bis Malta, von Irland bis Ungarn gibt es sozialdemokratische Parteien. Bei den Kongressen der SPE und bei internen Konferenzen in Berlin kommt es häufig zu intensiven Debatten darüber, wie man die Mitglieder-Rechte stärken kann und den Prozess der innerparteilichen Willensbildung zu aktuellen politischen Themen für die Parteibasis noch transparenter und jedenfalls besser wie den Hartz IV-Reformen gestalten kann. Spannend ist es dabei auch, zu erfahren, welche Wege man da und dort erprobt, um das Interesse bei Sympathisanten, also bei Noch-Nicht-Parteimitgliedern zu fördern.

Unsere französischen Freunde berichten von sehr guten Erfahrungen mit den Vorwahlen zur Nominierung des Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im nächsten Jahr. Sie habe eine große Mobilisierung und auch ein gutes Resultat bei der Gewinnung neuer Mitglieder in der französischen Parti socialiste eingebracht. Und zwar nicht zuletzt dadurch, dass Bürgerinnen und Bürger, die bisher nicht Mitglieder in der PS waren, unter bestimmten Konditionen an den Vorwahlen aktiv teilnehmen konnten. Wir sind in der deutschen Sozialdemokratie noch nicht so weit, was die Beteiligung von

Nicht-Mitgliedern an Personalentscheidungen angeht. Der Parteivorstand wird dem kommenden Bundesparteitag einen Kompromiss-Antrag zur Entscheidung vorlegen.

Die Debatte über die Stärkung der Beteiligungs- und Mitentscheidungsrechte unserer Parteimitglieder und über Optionen zur Einladung von Nichtmitgliedern an der Willensbildung bei politischen Themen und an der Teilnahme an Personalentscheidungen ist mit dem Bundesparteitag nicht abgeschlossen. Sie wird in den nächsten Jahren weiterhin geführt werden müssen, wenn die SPD nachhaltig wieder Wahlen mit besseren Wahlergebnissen als zuletzt 2009 gewinnen will.

Deshalb verstärken wir im Willy-Brandt-Haus den Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die Entwicklung von Bürgerrechten in der politischen Willensbildung im internationalen Dialog mit den befreundeten sozialdemokratischen Parteien in Europa. Wichtig ist dabei auch der Erkenntnisgewinn, den ihr am Bodensee -und die Parteibeiräte an den anderen Landesgrenzen im Westen, im Norden oder im Osten- durch die engen Kontakte zu den Nachbarn beisteuern könnt.

Mit herzlichen Grüßen von der Spree an den Bodensee

Astrid Klug

Bericht von der letzten Vorstandssitzung der SPD Bodenseekreis:

Der Vorstand der SPD Bodenseekreis informiert sich über Windkraft in der Region

Peter Didszun, Mitglied des Regionalverbandes Oberschwaben/Bodensee informierte den Vorstand der SPD Bodenseekreis über den Stand der Windkraft in unserer Region. Didszun eröffnete seine gründlichen Ausführungen mit der Feststellung, dass die Politik der neuen Regierung das Ende der Blockadepolitik von Windanlagen durch die vorige Regierung bedeute. Hilfreich sei auch der gewachsene gesellschaftliche Konsensus nach Fukushima für regenerative Energiegewinnung.

Da in unserer Region nur 1 % der Flächen für Windkraft geeignet sei, sollte keine Angst vor einer Verspargelung der Landschaft aufkommen, meinte Didszun. Er betonte aber, dass die neue Regierung darauf bestehen werde, dass jede Region den Anteil, den sie prozentual zu anderen Regionen übernehmen könne, auch übernehmen müsse. Die noch heute geltende Schwarzweißgenehmigungsprozedur, die eine Verhinderungsstrategie sei, werde aufgehoben und somit den Gemeinden mehr Eigenverantwortung gegeben. Ablehnungen müssten substantiell begründet sein. Diffuse Gründe, wie

Tourismus schädigend würden Didszuns Meinung nach nicht zählen. Die aus dem Kreis angesprochene Besorgnis, dass Windparks an den Ufern des Bodensee entstehen könnten, beruhigte er mit dem Hinweis, dass die Bodenseeufer windkapazitätsmäßig weit unter den 1 % geeigneten Flächen im Hinterland liegen würden.

Eine Abstimmung nur unter den Vorstandsmitgliedern ergab eine Mehrheit für Stuttgart 21.

07.11.2011

Dietram Hoffmann,
Medienreferent SPD Bodenseekreis

Stuttgart 21 – Zwei vertretbare Meinungen bei "SPD im Gespräch"

Gut besucht war der Nebensaal im Hotel Ritter am Dienstagabend. Eingeladen hatte die SPD Tettngang und etliche Interessierte, überwiegend SPDler und Grüne waren gekommen. Die Tettnganger SPD-Vorsitzende Siglinde Roman begrüßte die Runde, freute sich über Neuzugänge, die positive Resonanz und bedankte sich für die gute Informationsaufbereitung.



Hermann König präsentierte die verschiedenen Standpunkte und Entwicklungsstufen des Projektes. Seine Informationen stellten klar, dass bei der Volksabstimmung lediglich über den Ausstieg des Landes Baden-Württemberg abgestimmt wird. Alle weiteren Szenarien seien unklar oder umstritten. König erläuterte, wolle man das Projekt als solches stoppen, müsse man den Vertrag kündigen – und es sei damit immer noch nicht klar, ob und wie es dann ohne Landesbeteiligung weiter gehe. Unklar sei auch, welche Klagen und Reaktionen zu erwarten seien. Denn immerhin handele es sich um ein abgeschlossenes Verfahren.

Eine angeregte aber faire Diskussion kam auf. Die S21 Gegner legten großen Wert darauf, dass es sich hier nicht um einen bloßen Verwaltungsentscheid oder einen baurechtlichen Streit handele. Vielmehr gehe es darum die Gelder passend und sinnvoll einzusetzen. Schließlich seien das keine Privatpersonen, sonder Hauptanteile trügen Bund und Bahn – und damit das Volk. Investitionen sollten natürlich trotzdem gemacht werden, das sei auch unbestritten. Aber an sinnvoller Stelle. Während man sich darüber streite, was ein Ausstieg koste, solle man

eher daran denken, dass die Kostensumme sich nach aller Wahrscheinlichkeit eher noch deutlich steigern.

In der Runde wurde ein weiteres Umdenken gefordert. Man müsse aber auch über die Sinnhaftigkeit der Quoren nachdenken. Es müssten 2,5 Millionen Ja-Stimmen (ein Drittel der Wahlberechtigten) abgegeben werden, dass die Volksabstimmung zähle. Deswegen sei Mitmachen wichtig, denn das setze jedenfalls ein Signal – und ebene eventuell den Weg für neue Wege der Demokratie. Bei Großprojekten und anderen wichtigen Entscheidungen solle die Bürgerbeteiligung aktiv und rechtzeitig gesucht werden.

Eine Meinungsabfrage am Schluss der Diskussionen ergab ein deutliches Meinungsbild gegen das schon im Planfeststellungsverfahren beschlossene Bahnhofprojekt. Fast drei Viertel der Anwesenden sprachen sich gegen eine Weiterführung und für den Ausstieg des Landes aus. In seinem Schlusswort erklärte Hermann König, wie wichtig die offene Diskussion und politische Meinungsbildung sei. Die SPD werde zwar immer wieder gescholten, sei hier aber auf einem vorbildlichen demokratischen Weg. Der mache es möglich einen „versöhnlichen Wege“ (Zitat Nils Schmid) zu gehen. Die politische Kultur und Diskussionen zu aktuellen Themen wollen die Tettnganger Sozialdemokraten auch im nächsten Jahr wieder anbieten.

**Text und Foto übernommen mit
freundlicher Genehmigung von Olaf Jahnke**

„Pressestelle hat das Potential für Missverständnisse unterschätzt“

Mit diesen Worten bemäntelte Landrat Wölfle die Verwendung des offiziellen Briefbogens des Landratsamtes samt Kreiswappen für eine Information zum Aktionsbündnis „Bodensee-Region für Stuttgart 21“. Diese Werbung für das Aktionsbündnis wurde von der Pressestelle des Landratsamtes versandt.

Einige Gemeinde- und Ortsverwaltungen hielten sich an den offiziellen Anstrich der Pressemitteilung und veröffentlichten sie in ihren Mitteilungsblättern. Damit wurde aus der Information eine Unterstützung einer der beiden Kontrahenten um S 21.

Dieses Ergebnis widerspricht nun explizit den Richtlinien (Gemeinsame Hinweise der Landesabstimmungsleiterin und des Innenministeriums für die Volksabstimmung über die Gesetzesvorlage des S 21-Kündigungsgesetzes (VAS21Hinw) vom 29. 29. September 2011 - Az.: 2-1056/24)

Hier ist unter anderem untersagt, kommunale Symbole (Briefköpfe) oder Wappen für den privaten Einsatz zu verwenden.

Wenn der Landrat des Bodenseekreises sich als Privatperson für eine der beiden Seiten einsetzt, ist dies seine Sache, aber...

Nach der Veröffentlichung befasste sich das Regierungspräsidium mit dem Vorgang, beurteilte das Vorgehen des Landratsamtes negativ und regte bessere Abgrenzung zwischen Landratsamt und Aktionsbündnis an. Das Regierungspräsidium sah keine Rechtsverbindlichkeit in den Hinweisen. Das heißt doch hier: Verboten war das Vorgehen zwar, ist jedoch nicht strafbar.

Interessant wird es jetzt: Im Südkurier vom 18.11.2011 wird auf S. 29 berichtet, der Landrat sehe eine Verletzung der Neutralitätspflicht nicht, da: „Wir haben es nicht mit einer Wahl zu tun, sondern mit einer Volksabstimmung zu einer Sachfrage. Da gibt es die Neutralitätspflicht nicht. Sie wird ersetzt durch Sachlichkeitspflicht“.

Schön herausgeredet Herr Landrat! Die oben angeführten Hinweise für die Volksabstimmung gelten also nicht? Da gibt es allerdings auch noch das **Grundgesetz**, das Wahlen und Abstimmungen gleichsetzt.

Artikel 20 Absatz 2GG: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt,"

Die Neutralitätspflicht bei der Volksabstimmung kann daher nicht durch „Sachlichkeitspflicht ersetzt werden.

Durch solches Verhalten gewinnt ein Landrat nicht unbedingt das Vertrauen der Bevölkerung, es sei denn es käme ihm gar nicht darauf an, da ihn das Volk (noch nicht) wählen darf.

Karl-Heinz König

Kreistagsresolution zu S21:

Stellungnahme SPD Kluftern

„Beides miteinander (S21 und Südbahn FN-Ulm Finanzierung) in einen Topf zu schmeißen würde bedeuten, Äpfel mit Birnen zu vergleichen“, so die Kreisräte in ihrer Resolution zu S21 vom 16. November. Dabei blenden die Kreisräte aus, dass sie Äpfel mit Birnen vergleichen, wenn es um die gepriesenen Fahrzeitverkürzungen von FN nach Stuttgart geht. Diese gehen fast ausschließlich auf das Konto der Südbahn-Elektrifizierung und der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen. Am 27. November wird nur über S21 abgestimmt, nicht über die beiden anderen Projekte der Bahn. Mit einem Kopfbahnhof K21 erhält man die gleichen Fahrzeit-

verkürzungen. Entgegen der Aussage der Resolution hat die Bahn nur für Teile von S21 Baugenehmigungen. Zum Beispiel fehlt die Baugenehmigung für den Anschluss des Flughafens. Die Resolution spricht von 1,5 Mrd. € Ausstiegskosten. Dass darin alleine 270 Mio. € für die Planung der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen (nicht Bestandteil von S21) enthalten sind, wird dem Wähler verschwiegen, wie andere zweifelhafte Posten in der Rechnung der Bahn.

Stellt sich die Frage: Wissen die Kreisräte das alles? Wenn nein, sollten sie keine Resolutionen im Wahlkampf verfassen. Wenn ja, haben sie ihre Glaubwürdigkeit beim Wähler verloren, ausgenommen die Räte, die der Resolution nicht zugestimmt haben. „Glaubwürdigkeit ist das Schwerste“, **Erhard Eppler 1978.**

**Gretel Schwaderer, SPD-
Vorsitzende Kluftern
Bernd Caesar, Stellv. Vorsitzender**

Lesermeinung: (S 21 und Fahrpläne)

Hat die Bahn mit der im Südkurier von diesem Wochenende veröffentlichten Tabelle wirklich eine Verbesserung für Südbaden veröffentlicht? Ja, die Südbadener und die Südwürttemberger Bodenseeanrainer mögen zwar mit S21 schneller als heute am Stuttgarter Flughafen sein. Sie sind aber heute schon schneller am Flughafen Zürich von KN in 1:05 gegen 1:59, von WT 1:36 gegen 2:33, von Singen 1:10 gegen 1:33, am Flughafen Basel von WT 1.25 gegen 2:33 und last but not least am Flughafen Friedrichshafen von FN 0:05 gegen 1:39, von KN 1:18 gegen 1:59, von SIG 1:30 gegen 1:44, von WT 1:35 gegen 2:33, von Singen in 0:56 gegen 1:33. Und dass es mit der Gäubahn nach der Fertigstellung von S21 länger als heute nach Stuttgart Hauptbahnhof dauern wird, kann man nur Dank der Karte erahnen. Vermutlich ist aber Stuttgart Hbf das Ziel der meisten Fahrgäste der Gäubahn und nicht der Flughafen. Sollten die heute bekannten Umfrageergebnisse, das echte Resultat der Volksabstimmung widerspiegeln und S21 gebaut werden, bleibt uns das Prinzip Hoffnung, dass alle anderen von der Bahn veröffentlichten Zahlen auf soliden Fundamenten beruhen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dietram Hoffmann

Europaabgeordneter Peter Simon spricht in Salem

Der SPD Ortsverein Salem und die SPD Bodenseekreis luden am 17.11.11 in das Prinz Max nach Salem-Neufrach zu einem Vortragsabend mit dem Thema **„Folgen der Finanzkrise für unsere Unternehmen“** ein. Als Hauptredner konnte **Peter Simon** (SPD), Mitglied des Europäischen Parla-

ments seit 2009, von Karl Heinz König gewonnen werden.



Von links: Malik Meddur, Peter Simon
Foto: Arnim Eglauer

Nachdem Moderator Arnim Eglauer die knapp 30 Zuhörer begrüßt hatte und Ortsvereinsvorsitzender Malik Meddur, Kreisvorsitzender Adnan Sabah und Bürgermeister Manfred Härle ihre Grußworte gesprochen hatten legte **Peter Simon** in seiner typisch lockeren und aufgeschlossenen Art los. Er mied Bühne und Rednerpult und stellte sich in den Zuhörerraum vor bzw. zwischen die beiden Zuhörerblöcke. Zwischenfragen von den Zuhörern waren ausdrücklich erwünscht.

Nach **Peter Simon** begann die jetzige Krise mit der Lehmann – Pleite (Lehmann Brothers). Von einer Finanzkrise wuchs sie sich über eine Wirtschaftskrise zur jetzigen Staatsschuldenkrise aus, die auch die hiesige Wirtschaft deutlich spürte. Lagen die Bestellungen bei Daimler vor der Krise bei 600 LKW pro Tag, so gingen diese auf 700 pro Monat zurück. Die Staatsschulden haben sich in einigen Ländern drastisch erhöht (Italien, Spanien, Griechenland: hier bis 170%). Die Ursache sieht er in der großen geplatzten Immobilienblase: viele Privathaushalte konnten ihre Kredite nicht mehr ablösen, außerdem bei den Banken, die lieber ins Investmentgeschäft eingestiegen sind als die Privathaushalte mit ihren Giro- und Sparkonten zu halten. Mit dieser Kundschaft haben die deutschen Volks- und Raiffeisenbanken neben den Sparkassen die Krise klein halten können.

Simon und die Europäische Kommission wollen mehr Kontrolle: Ein Kontrollsystem für die Banken muss her und die Schattenbanken (Hedgefonds) muss man in den Griff kriegen. Die Preisentwicklung muss kontrolliert und reguliert werden, besonders im Bereich der Wetten und Spekulationen auf Rohstoffe. So werden z. B. momentan 40mal mehr Zuckerrüben gehandelt als vorhanden sind. Simon erklärt, wie der europäische Rettungsschirm funktionieren muss. Hier lobt er Finanzminister Schäuble als Motor für den Rettungsfond. Doch Merkel und Sarkozy dominieren die europäische Politik mit ihrer Vorgehensweise der kleinen, nur nötigsten Schritte und ihren Egoismen. Ihnen fehlt

der Weitblick Helmut Schmidts und Helmut Kohls seinerzeit. Diese Politik des Zauderns lässt das Vertrauen der Menschen in die Politik und in Europa schwinden und deshalb gehen sie überall auf die Straße. Simon hält folgendes Modell für sinnvoll und 16 europäische Staaten unterstützen ihn dabei: Das beste PreisLeistungsverhältnis für eine Einlagensicherung liegt bei 1,5%. Das bedeutet, in einen solchen Sicherungsfond müsste erst einmal kräftig eingezahlt werden, aber Merkel und Sarkozy wollen nur 0,5% einzahlen - mit aktuell leichter Verbesserung um 0,2 %.

Verhandlungspartner im Auftrag der Bundesregierung für die Europaparlamentarier sind hier die Vertreter des Bundesverbandes der Banken (Lobbyisten) und **Simon** scherzhaft: „Hier werden Frösche gefragt, ob der Tümpel trockengelegt werden soll“. An dieser Stelle zeigt **Simon** noch einmal den Weg Griechenlands in die Euro-Gemeinschaft auf. Mit Lug und Trug bei einer damaligen Staatsverschuldung von 140% wurde der Beitritt erreicht. Heute soll sich Griechenland gesund sparen, das kann nicht funktionieren. Mit Hinweis auf den Aufbau Deutschlands durch die Hilfen der Siegermächte (Marshall-Plan) nach dem zweiten Weltkrieg und die Vermeidung der Zurückentwicklung zum Agrarstaat empört sich **Simon** über die oft ausgelebte deutsche Arroganz und Besserwisserei.

Griechenland braucht Zeit für Strukturreformen und Geld für Investitionen. Eine funktionierende Verwaltung muss aufgebaut werden, auch sind Solarkraftwerke und Windanlagen in Griechenland denkbar, denn Sonne und Wind gibt es hier immer. **Simon** fordert hier eine gemeinsame europäische Kraftanstrengung und gemeinsames Handeln, um die Europäische Währungsunion zu erhalten. Eine weitere Forderung Simons betrifft die Ratingagenturen: Es geht nicht an, dass 3 bis 4 Ratingagenturen die Finanzwelt bestimmen. Als Gegenpol (auch Kontrollorgan?) brauchen wir eine europäische Ratingagentur. Auch müssen ungedeckte Kreditausfallversicherungen verboten werden. Letzteres wurde gerade per Gesetz im Europäischen Parlament erreicht. Am Beispiel der Brandversicherung für das Bürgermeisterhaus veranschaulicht er dieses Geschäftsverhalten: Normal wäre, der Bürgermeister schließt auf sein vorhandenes Haus eine Brandversicherung ab. Jetzt wittern aber Nachbarn ein Geschäft, weil sie beobachtet haben, dass der Bürgermeister in seinem Haus gern Fackeltänze vollführt. Die Nachbarn schließen in der Hoffnung auf einen Schadensfall bei hoher Prämie ebenfalls Versicherungen ab. Das ist aber unredlich und führt in die Krise.

Seine Hoffnung in einen baldigen Ausweg setzt **Simon** in die Möglichkeit von Neuwahlen in den Dominanz-Ländern Deutschland und Frankreich und neue Regierungsführer mit dem nötigen Weitblick wie seinerzeit Schmidt und Kohl. Hier appelliert Simon, dass die Schuldenschiere nicht weiter

auseinandergehen dürfe und dass mehr besser verdienende Schultern mehr tragen müssen. Mit dem Hinweis auf die Weichenstellung der Agenda 2010, bei all ihren Mängeln und Ungerechtigkeiten, erklärt **Simon** den relativ guten Weg Deutschlands aus der Krise. Auch haben deutsche Unternehmen ihr Kapital investiert und neue Märkte erschlossen, dagegen haben z.B. die Italiener ihr Kapital aus ihren Unternehmen gezogen und in Festwerte investiert.

Zum Abschluss der Veranstaltung dankte Moderator Eglauer den Jusos für die gute Organisation und Ortsvereinsvorsitzender Meddur überreichte **Peter Simon** als kleines Dankeschön ein Weingeschenk. **Peter Simon** bedankt sich und gibt noch den Hinweis auf den „Roten Seehas“ als informative und lesenswerte Online-Zeitung im Bodenseeraum.

Am Nachmittag fand eine Betriebsbesichtigung bei der Firma ASP Equipment GmbH in Salem-Neufrach statt, an der **Peter Simon** und Vertreter des SPD Ortsvereins Salem und des SPD Bodenseekreises teilnahmen. Managing Director Waldemar Dechent führte mit weiteren Vorstandskollegen die Besucher durch alle Abteilungen von Entwicklung und Produktion. ASP stellt als mittelständisches Unternehmen mit 65 Mitarbeitern Hightec-Komponenten für Raumfahrtunternehmen, Satellitenproduzenten, Luftfahrtunternehmen und Unternehmen für Nachrichtentechnik her. Neben deutschen Unternehmen wie EADS, Carl Zeiss u. a. zählen ESA und internationale Firmen aus Österreich, Korea und China zu den Kunden von ASP. Wie Waldemar Dechent immer wieder betonte, ist ASP autark, weil Entwicklung und Produktion vor Ort geschehen. Die Firma will weiter expandieren, doch leider fehlen auf dem Markt geeignete Fachkräfte, um alle Ideen, die aus den Mitarbeitern herausprudeln zu realisieren. **Peter Simon** hat an dieser Stelle seine Unterstützung zugesagt.

19.11.2011

Hans Klein

Termine im Bodenseekreis

Treffen mit Klaus Käppeler, MdL Betreuungsabgeordneter

Dienstag, 29.11.2011,

Ort: Friedrichshafen

15:00 Uhr
Betriebsbesuch ZF

17:00 Uhr Pestalozzi-Schule
Gespräch mit Schulleitung

18:30 Klaus Käppeler zu:

Themen:

Bildung und Reformen

Ort: Pestalozzi-Schule

Stammtisch

Donnerstag, 01.12.2011,

19:30 Uhr - 22:00 Uhr.
Ort: Gasthof Grüner Baum in Stetten

Kreisvorstand:

Montag, 12.12.2011

19:30 Uhr
Ort: Restaurant Casablanca - Salem
Sitzung und Weihnachtsfeier

OV Bermatingen:

Mitgliederversammlung

Montag, 12.12.2011,
19:30 Uhr - 21:30 Uhr.
Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal:

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 1.12.11, 20 Uhr
Ort folgt

OV Markdorf:

Mitgliederversammlung

Freitag, 02.12.2011,
20:00 Uhr - 22:00 Uhr.
Ort: Gasthaus Krone

OV Meersburg:

Vorstand

Donnerstag, 24.11.2011
20:00 Uhr
Guttschänke

Adventswanderung

Sonntag, 11.12.2011

Hock:

Donnerstag, 08.12. 2011
20:00 Uhr
Ort: Im Truben

OV Friedrichshafen:

SPD- Stammtisch

Donnerstag, 24.11.2011,
19:30 Uhr.

Ort: Dorfkrug
Mitglieder und Freunde der SPD sowie
interessierte Bürgerinnen / Bürger und Gäste
sind herzlich willkommen.

Jahresabschlussfeier

Sonntag, 04.12.2011, 11:00 Uhr.
Ort: Dorfkrug

OV Tettngang:

Mitgliederversammlung mit Ehrungen

Dienstag, 06.12.2011,
19:30 Uhr
Ort: Hotel Ritter, Tettngang

OV Überlingen:

Donnerstag 14.12.2011

Vorstand- und Fraktionssitzung

parteiöffentlich
Zeit: 19:00

Mitgliederversammlung

Zeit: 20:00

Thema: **wird noch bekannt gegeben**
Ort: Nebenzimmer des Gasthauses
Krone, Münsterstraße

Jusos:

Lothar Binding, MdB

"Finanz- und Schuldenkrise in Europa"

Donnerstag, 08.12.2011,
15:00 Uhr - 17:00 Uhr.
Ort: Friedrichshafen, GZH

Der Bundestagsabgeordnete Lothar Binding ist zu
Gast bei den Jusos Bodenseekreis in Friedrichs-
hafen, und referiert über die Finanz- und Schulden-
krise in Europa und in der Welt.

Lothar, der gleichzeitig im Finanz- und im Haus-
haltsausschuss des Deutschen Bundestages sitzt ist
ein parteiübergreifend geschätzter Experte zum
Thema Finanzen.

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an
Schüler und Auszubildende in der Region Fried-
richshafen, die sich über die aktuelle Krise genauer
informieren möchten.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich!

Lothar Binding, MdB

"Finanz- und Schuldenkrise in Europa"

Donnerstag, 08.12.2011,

fällt aus

Regional:

Donnerstag, 01.12.2011

19:00

Einladung zum

Forum

**Foyer der Oberschwabenhalle
Ravensburg**

(Bleicherstr. 20, 88212 Ravensburg)

**„Chancen der Schulentwicklung
durch die neue Landesregierung“**

**mit Kultusministerin
Gabriele Warminski-Leitheußer**

**S' Rote Füchsle zur Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts**

Bundesverfassungsgericht:

**Fünf-Prozentklausel bei
Europawahl in Deutschland
abgeschafft**

In Deutschland müssen Parteien (auch Wählergruppen usw.) mindestens 5 Prozent der abgegebenen Stimmen (oder die absolute Mehrheit in einem Wahlkreis) erhalten, um einen Sitz im Parlament zu bekommen. Dies wurde nach den Erfahrungen der Weimarer Republik ins Grundgesetz aufgenommen, um Splitterparteien zu verhindern, die ordentliches Arbeiten sehr erschweren. Laut Gericht gilt das weiter.

Nur fürs Europäische Parlament soll das künftig nicht mehr gelten, es habe ja keine Regierung. Stimmt schon, aber damit wird der Jetzt-Zustand betoniert. Das halte ich für regelrecht europafeindlich!

Ludwig Dorner

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Deutsche Gruppe SBI:

Hans-Peter Storz neuer Präsident der deutschen Gruppe SBI

Die Sozialistische Bodensee-Internationale
bereitet Aktivitäten gegen Motorboottraser
und Schiefergas-Bohrungen vor

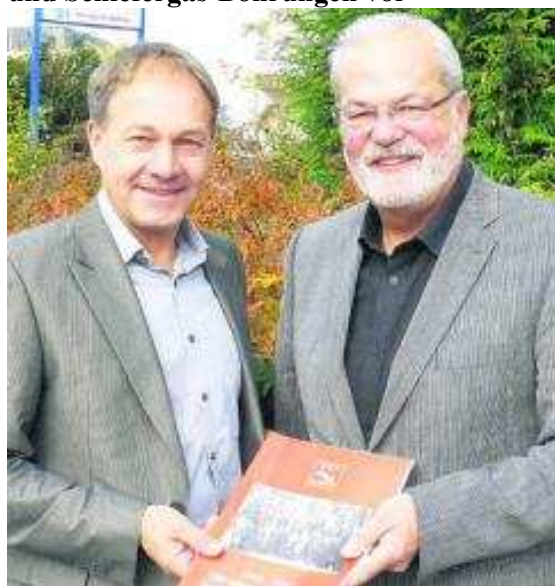


Bild: Kropp

Alles Gute: Der Singener Landtagsabgeordnete Hans-Peter Storz (links) löst den Friedrichshafener Norbert Zeller als deutschen Vertreter im Präsidium der Sozialistischen Bodensee-Internationale ab.

Neue Weichenstellungen prägen die Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen Parteibeiräte in der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI). Bei einer Konferenz der Delegierten aus den SPD-Kreisverbänden am Bodensee in Friedrichshafen ist der Singener SPD-Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Storz** zum neuen Präsidenten der deutschen Sektion der Bodensee-Internationale (SBI) gewählt worden. Am Freitag, 18. November, tagt in Bregenz die Hauptversammlung der SBI, an der

neben den deutschen auch Vertreter der Sozialdemokratie aus Vorarlberg und den Ostschweizer Kantonen teilnehmen. Hans-Peter Storz rückt bei diesem Treffen ins dreiköpfige Präsidium der SBI auf. Der Singener folgt dem Friedrichshafener SPD-Politiker **Norbert Zeller** nach, der nach 15 Jahren im Amt des deutschen Repräsentanten der SBI nicht mehr für diese Funktion kandidierte. Zu seinem Stellvertreter ist der Vorsitzende der SPD Bodenseekreis, **Adnan Sabah** (Überlingen), gewählt worden.

Storz und der Kreisgeschäftsführer der SPD im Kreis Konstanz, Winfried Kropp, bescheinigten **Norbert Zeller** ein hohes Engagement für die Belange der Bodenseeregion in den vergangenen Jahren. Die Versammlung in Friedrichshafen legte die Umsetzung des neuen Bodensee-Leitbildes als eine der künftigen Schwerpunkt-Aufgaben fest. Der SPD-Landtagsabgeordnete Storz sicherte zu, im Stuttgarter Landtag eine Initiative gegen die Bewilligung von Bohrrechten mit Schiefergas im Seegrund zu starten. „Die Reinhaltung des Trinkwasserspeichers Bodensee genießt absoluten Vorrang“, betonte der Abgeordnete und wandte sich zugleich auch gegen den zunehmenden, meist nächtlichen Gefahrgut-Transport per Lkw in den Ufergemeinden am See.

Zusammen mit Parteifreunden im Kanton Thurgau streben die deutschen Sozialdemokraten behördliche Maßnahmen gegen Motorboot-Raser auf dem Untersee an. Bezüglich der Debatte um das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 betonte Norbert Zeller die Bedeutung der Ausbau-Vorhaben auf den Schienenstrecken bei der Gäubahn, der Bodensee-Gürtelbahn und der Südbahn.

Willi Bernhard/Winfried Kropp

Plus 2 Prozent:

Grosser Erfolg für die St.Galler SP

Von den etablierten Parteien im Kanton St.Gallen konnte einzig die SP Wähleranteile hinzugewinnen und mit 16.7 (+2) Prozent ihre beiden Nationalratsmandate problemlos verteidigen. Die SP Kanton St. Gallen ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis und gratuliert Nationalrätin Hildegard Fässler und Nationalrat Paul Rechsteiner herzlich zu ihrer Wiederwahl.

Trotz grosser Konkurrenz neuer Parteien konnte die St.Galler SP zulegen. Das ist umso bemerkenswerter, weil sämtliche etablierten bürgerlichen Parteien Wähleranteile verloren haben, während die Grünen ihren Anteil erfolgreich halten und die SP zwei Prozent zulegen konnte. „Das Ergebnis ist das Resultat eines sehr engagierten Wahlkampfes, den die SP in den letzten Monaten geführt hat. Wir sind sehr zufrieden“, so die glückliche Parteipräsidentin Claudia Friedl.

Paul Rechsteiner hat einen engagierten Ständeratswahlkampf geführt und ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Gegenüber 2007 konnte die SP-Kandidatur an Stimmen zulegen. Mit der Wahl von Karin Keller-Sutter sind die rechtsbürgerlichen Stimmen im Kanton abgedeckt. Im Stöckli müssen aber zusätzlich auch die sozialen Anliegen vertreten sein. Die SP wird heute Montagabend über ihre Strategie für den 2. Wahlgang befinden.

St.Gallen, 24. 10.2011 **Weitere Auskünfte:**
Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Dario Sulzer, Politischer Sekretär

SP tritt mit Paul Rechsteiner zum 2. Wahlgang an

Die SP steigt mit Paul Rechsteiner ins Rennen um den zweiten St.Galler Ständeratsitz. Die Delegierten der St.Galler SP haben dies am Montagabend nach intensiver Diskussion ohne Gegenstimme und mit grossem Applaus beschlossen. Der SP will, dass auch die sozialen Stimmen im Kanton St.Gallen im Ständerat vertreten sind.

Paul Rechsteiner erreichte im 1. Wahlgang mit 44'348 Stimmen ein sehr gutes Resultat. Und nach einem engagierten Wahlkampf konnte die SP als

einzig der etablierten Parteien im Kanton St. Gallen um zwei Prozent Wähleranteil zulegen und ihre beiden Nationalratsmandate erfolgreich verteidigen. Das zeigt: SP und Gewerkschaften können entgegen nationalen Trends gewinnen. Die Delegierten der SP wollen darum weiterkämpfen und der CVP und der SVP das Feld nicht kampflös überlassen. „Der Kampf für gute Löhne und gute Renten ist mehrheitsfähig“, ist Paul Rechsteiner überzeugt.

Dass die CVP des Kantons St.Gallen zur Zeit des Beschlusses noch keine valable Kandidatur zu melden vermochte, bestärkt die Genossinnen und Genossen bei ihrem Entscheid, mit Paul Rechsteiner eine echte Alternative zu bieten. „Wir sind nicht Steigbügelhalterin irgendeiner CVP-Kandidatur! Wir stellen uns der Herausforderung!“ so Parteipräsidentin Claudia Friedl.

St.Gallen, 24. 10.2011 **Weitere Auskünfte:**
Claudia Friedl, Parteipräsidentin
Dario Sulzer, Politischer Sekretär



Pauschalsteuer abschaffen:

Ja!

Am 27. November 2011 stimmen wir über die SP-Initiative "Schluss mit den Steuervorteilen für ausländische Millionärinnen und Millionäre" (Abschaffung der Pauschalsteuer) ab. Diese Initiative versinnbildlicht augenscheinlich unseren Wahlslogan: "Für alle statt für wenige".

Zur Geschichte dieser Initiative

Die Pauschalbesteuerung reicher Ausländerinnen und Ausländer ist der SP schon lange ein Dorn im Auge. Unterwartete Unterstützung erhielt die SP im Jahre 2007 dann erstaunlicherweise durch die CVP. Ein namhafter CVP-Gemeindepräsident stellte fest, dass die Pauschalbesteuerung reicher Ausländerinnen und Ausländer zunehmend zu ernsthaften Spannungen in seiner Gemeinde führte. Wenn eine ordentlich besteuerte schweizerische Familie mit hohem Einkommen feststellen musste, dass der ausländische Nachbar mit vergleichbarem Einkommen lediglich einen Bruchteil dessen an Steuern bezahlen muss, was sie selber bezahlt, so stösst das zunehmend auf Unverständnis.

Der Kantonsrat überwies daher eine Standesinitiative, mit welcher der Bund dazu bewegt werden

sollte, die Pauschalbesteuerung schweizweit abzuschaffen. Nachdem sich abzeichnete, dass dies nicht geschehen wird, wurden in verschiedenen Schweizer Kantonen Initiativen zur Abschaffung der Pauschalsteuer auf kantonaler Ebene lanciert. Unsere Initiative reichten wir im März 2009 ein.

Wer hat Anspruch auf Pauschalbesteuerung?

In Juristendeutsch können von der Pauschalbesteuerung natürliche Personen ohne Schweizer Bürgerrecht, die erstmals oder nach wenigstens 10-jähriger Abwesenheit Wohnsitz in der Schweiz nehmen und hier keine Erwerbstätigkeit ausüben, profitieren.

Übersetzt und für alle verständlich: Von der Pauschalbesteuerung können lediglich schwerreiche Ausländerinnen und Ausländer profitieren, die aus steuerlichen Gründen in die Schweiz flüchten.

Wie funktioniert Pauschalbesteuerung?

Bei der Pauschalbesteuerung wird nicht vom effektiv erzielten Einkommen ausgegangen, sondern die Besteuerung knüpft am geschätzten Aufwand an, welche eine pauschalbesteuerte Person betreibt.

Dazu wird der Eigenmietwert der bewohnten Liegenschaft mit 5 multipliziert und damit gelangt man bereits zum steuerbaren Einkommen. Beim steuerbaren Vermögen wird das steuerbare Einkommen mal 20 gerechnet.

Aber was heisst das nun: Ein Schweizer Bürger mit steuerbarem Einkommen von 10 Mio. im Jahr bezahlt ungefähr 3 Mio. an Einkommenssteuern. Ein ausländischer Steuerflüchtling mit dem gleichen Einkommen und einem Eigenmietwert von Fr. 60'000.-pro Jahr hat für unseren Fiskus lediglich ein steuerbares Einkommen von Fr. 300'000.-- und bezahlt damit etwa Fr. 100'000.- Einkommenssteuern.

Gründe gegen die Pauschalbesteuerung

Dass die Pauschalbesteuerung eine stossende Ungleichbehandlung darstellt, muss nicht weiter ausgeführt werden. Für einmal werden mit der Pauschalbesteuerung aber nicht Ausländerinnen und Ausländer diskriminiert, sondern für einmal die inländische Bevölkerung. Umso mehr erstaunt es, dass die SVP, welche sich ja auf die Fahne geschrieben hat, die einzige Partei zu sein, welche für die Interessen der Schweizerinnen und Schweizer eintritt, an der Pauschalbesteuerung reicher Ausländer festhalten will.

Pauschalbesteuerung verletzt auch in eklatanter Weise unsere Bundesverfassung, welche vorgibt, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erfolgen hat. Sie führt auch dazu, dass die Immobilienpreise für Wohneigentum an guten Lagen explodieren. Wer jährlich Millionen an Steuern spart, interessieren ein paar Millionen

mehr oder weniger als Kaufpreis für eine Immobilie nicht.

Bringt die Pauschalbesteuerung fiskalisch etwas?

Fiskalische Überlegungen dürfen bei der Besteuerung von Ausländerinnen und Ausländern nicht Verfassungsrecht ausser Kraft setzen. Trotzdem wird immer wieder argumentiert, die Pauschalsteuer bringe Bund und Kantone etwas. Wenn sie abgeschafft würde, hätte dies Steuerausfälle zur Folge. Auch diese Behauptung ist in der Zwischenzeit widerlegt. Prof. Marius Brühlhart, ein Wirtschaftsprofessor der Uni Lausanne hat nachgewiesen, dass die Abschaffung der Pauschalbesteuerung erst dann allenfalls zur Steuerausfällen führen könnte, wenn mehr als zwei Drittel der aktuell Pauschalbesteuerten wegziehen würden. Da diejenigen die bleiben wesentlich mehr Steuern bezahlen müssen, lohnt sich die Abschaffung der Pauschalbesteuerung auch für den Fiskus.

Im Kanton Zürich ist im ersten Jahr nach Abschaffung der Pauschalbesteuerung knapp die Hälfte der Pauschalbesteuerten weggezogen. Der Kanton Zürich profitiert also von der Abschaffung der Pauschalsteuer.

Nicht berücksichtigt hat Prof. Brühlhart eine weitere und mindestens so schlagende Tatsache: Pauschalbesteuerte wollen an herausragenden Lagen in grosszügigen Häusern leben. Solche Häuser sind in der Schweiz nicht einfach zu finden. Wenn also eine pauschalbesteuerte Person wegzieht, wird in Kürze eine ordentlich besteuerte Person nachziehen, welche dann wiederum ein Mehrfaches an Steuern abliefern.

Gegenvorschlag des Kantonsrates

Auch der Kantonsrat ist sich bewusst, dass die Pauschalbesteuerung nicht haltbar ist. Er versucht sie nun zu retten, indem er die Steuern der Pauschalbesteuerten in etwa verdoppeln will.

Auch dieser Vorschlag bleibt aber ungerecht, verfassungswidrig und auch er verletzt den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Er ist daher ebenfalls abzulehnen.

JA zur Pauschalbesteuerung am 27. November 2011; NEIN zum Gegenvorschlag

St.Gallen, 27. Oktober 2011 **Komitee Abschaffung der Pauschalsteuer Kanton St.Gallen**
über: **Ariana Krizko, Politische Sekretärin SP SG**

SP präsentiert Film zur Abschaffung der Pauschalsteuer

Die SP hat heute ihren Film zur Abschaffung der Pauschalsteuer auf ihrer Homepage und auf Facebook aufgeschaltet:

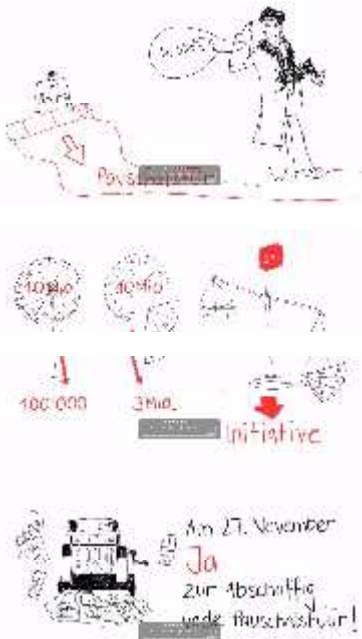
<http://www.youtube.com/watch?v=IEhMxmT9a7Q>

Im kurzen Film möchte die SP den Wählerinnen und Wählern auf einfache Weise zeigen, warum diese ungerechte Steuer im Kanton St.Gallen abgeschafft gehört:

- Die Pauschalbesteuerung benachteiligt Schweizer Bürgerinnen und Bürger im eigenen Land. Denn Pauschalbesteuerung steht nur reichen AusländerInnen zu.
- Die Pauschalbesteuerung verletzt die Rechtsgleichheit. Denn gewöhnliche Steuerpflichtige deklarieren jährlich ihre Einkommen und Vermögen. Aber mit einigen wenigen ausländischen Staatsangehörigen verhandelt die Steuerverwaltung über die gewünschte Höhe ihrer Abgaben. Das ist nicht gerecht.
- Sollten einige Pauschalbesteuerte den Kanton verlassen, ist das nicht weiter tragisch. Für die teuren Liegenschaften finden sich leicht neue Besitzer, die Einkommen und Vermögen normal besteuern.

JA zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Wir haben es nicht nötig, ausländische "Steuroptimierer" mit fragwürdigen Lockvogelangeboten anzuwerben und so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu gefährden. Die SP hat darum am ausserordentlichen Parteitag vom 24. Oktober einstimmig JA gesagt zur Initiative und NEIN zum Gegenanschlag.



Standbilder aus dem Film der SP zur Abschaffung der Pauschalsteuer

Link zum Film:

<http://www.youtube.com/watch?v=IEhMxmT9a7Q>

Homepage des Komitees:

<http://www.pauschalsteuer-abschaffen.ch>

Die SP auf Facebook:

<http://www.facebook.com/SPSt.Gallen>

St.Gallen, 8. November 2011

Weitere Auskünfte:

- Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Barbara Gysi kandidiert für die St. Galler Regierung

Der Vorstand der SP Wil freut sich, dass die Wiler Stadt- und Kantonsrätin Barbara Gysi für die Wahlen für die St. Galler Regierung kandidieren will. Die 47-jährige Wilerin ist seit 2001 Mitglied des Wiler Stadtrats und leitet das Departement Soziales, Jugend und Alter, zuvor war sie während 4 Jahren Mitglied des Stadtparlaments. Gleichzeitig politisiert sie seit 8 Jahren im St. Galler Kantonsrat, wo sie seit Januar 2009 die SP Fraktion führt.

Barbara Gysi verfügt über breite politische Erfahrungen und weist einen eindrücklichen Leistungsausweis vor. In der Stadt Wil hat sie als zuständige Stadträtin gezeigt, wie sie Projekte gemeinsam erarbeitet und über Gemeinde- und Parteigrenzen weiterentwickelt. Dazu gehören insbesondere die Neuorganisation der stationären und ambulanten Alterspflege zu einer integrierten Alters- und Pflegeversorgung, wie auch die Jugendarbeit und die Arbeitsintegration.



Die SP Wil ist überzeugt, dass sich mit Barbara Gysi eine Politikerin für die Nachfolge der abtretenden Kathrin Hilber bewirbt, die mit ihrer lösungsorientierten und kommunikativen Art im Kanton St. Gallen in der aktuell schwierigen Finanzlage vorwärts gerichtet arbeiten wird und Akzente setzen kann. Für die Stadt Wil bedeutet es eine grosse Chance, dass sie auch zukünftig in der St. Galler Regierung gut vertreten ist.

02. 11.2011 Für Auskünfte wenden Sie sich bitte an:

Barbara Gysi, Mail: bg@barbara-gysi.ch
Kilian Meyer, Präsident SP Wil,
Mail: kilian.meyer@gmail.com

SP Stadt St.Gallen

Regierungsrats-Nomination

SP Stadt St.Gallen schickt Fredy Fässler ins Rennen um den Regierungsratssitz

Am 29. November 2011 werden die Delegierten der SP des Kantons St.Gallen über die Nomination der Kandidatur für den frei werdenden Regierungsratssitz von Kathrin Hilber entscheiden. Die SP der Stadt St.Gallen hat beschlossen, Fredy Fässler für die parteiinterne Nomination ins Rennen zu schicken.



Mit dem Rücktritt von Kathrin Hilber verliert die St.Galler Regierung eine starke Sozialdemokratische Stimme – und sie verliert ihre einzige Stimme aus der Stadt St.Gallen. Die SP der Stadt St.Gallen freut sich deshalb, den Delegierten am 29. November 2011 mit Fredy Fässler wieder eine Kandidatur aus der Stadt vorschlagen zu können. Fredy Fässler, Jahrgang 1959, ist in St.Gallen aufgewachsen, ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern. Er sitzt seit 1992 für die SP im Kantonsrat und war von 1992 bis 1997 Mitglied der Rechtspflegekommission und von 1997 bis 2009 Fraktionspräsident und Mitglied des Präsidiums. Fredy Fässler setzt sich sowohl politisch wie auch in seinem Beruf als Rechtsanwalt für die Rechte der Benachteiligten ein und kämpft seit Jahren beharrlich

gegen den Staats- und Sozialabbau im Kanton und gegen die Steuerungerechtigkeit an.

Fredy Fässler bringt für das Amt als Regierungsrat alles mit: Mit seiner überlegten und integrativen Art und seinem fundierten Fachwissen ist er über die Parteigrenzen hinaus geachtet und sehr geschätzt.

Die SP der Stadt St.Gallen freut sich, den Delegierten mit Fredy Fässler einen profilierten und äusserst fähigen Kandidaten vorschlagen zu können.

St.Gallen, 09. 11. 2011 Weitere Auskünfte:
o Bettina Surber, Präsidentin SP Stadtpartei
o Ariana Krizko, Parteisekretärin

(Pressesprecherin)

Regierungsratswahl:

SP-Geschäftsleitung schlägt dem Parteitag Barbara Gysi und Fredy Fässler zur Wahl vor

Die Geschäftsleitung der SP Kanton St.Gallen hat an ihrer Sitzung von gestern Abend beschlossen, dem Parteitag ein Zweierticket für den Sitz der zurücktretenden Regierungsrätin Kathrin Hilber vorzuschlagen: Die Geschäftsleitung schickt Fraktionspräsidentin Barbara Gysi und Kantonsrat Fredy Fässler in die interne Ausmarchung. Regierungsrätin Heidi Hanselmann wurde einstimmig zur Wiederwahl empfohlen. Der Nominationsparteitag findet am 29. November 2011 im Hofkeller in St.Gallen statt.

Mehrere geeignete KandidInnen

Die Geschäftsleitung der SP Kanton St.Gallen hat an ihrer Sitzung vom 14. November 2011 Hearings mit möglichen Kandidierenden für die Regierungsratswahlen für die zurücktretende Regierungsrätin **Kathrin Hilber** durchgeführt. Die Geschäftsleitung freut sich ausserordentlich, dass die SP über so profilierte und geeignete Persönlichkeiten für die kommenden Regierungsratswahlen verfügt. Nach intensiven Diskussionen hat die GL entschieden, den Delegierten einen Zweiervorschlag vorzulegen: Auf dem Regierungsratssticket stehen **Barbara Gysi** (Wil) und **Fredy Fässler** (St.Gallen).

Die Delegierten der SP werden am 29. November entscheiden, wen sie zusammen mit Regierungsrätin **Heidi Hanselmann** ins Rennen schickt. **Barbara Gysi** ist dipl. Sozialpädagogin und seit 2001 Stadträtin in Wil. Als Stadträtin hat sie gezeigt, dass sie Projekte über Gemeinde- und Parteigrenzen hinaus erarbeiten und entwickeln kann. Seit 2004 ist sie Mitglied des Kantonsrates, seit 2009 präsidiert sie die SP-Fraktion. **Barbara Gysi** verfügt über eine breite politische Erfahrung und ist im Kanton sehr gut vernetzt.

Fredy Fässler ist selbständiger Rechtsanwalt und Mediator in St.Gallen. Er ist seit 1992 Mitglied des Kantonsrates und hat während 12 Jahren die Fraktion präsidiert. **Fredy Fässler** kämpft seit Jahren beharrlich gegen den Staats- und Sozialabbau im Kanton und wird mit seiner überlegten und integrativen Art und seinem fundierten Fachwissen über die Parteigrenzen hinaus geachtet und geschätzt.

St.Gallen, 15. November 2011 Weitere Auskünfte:
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Kanton Appenzell- Innerrhoden

Nicht schlecht gestaunt hat unser Archivar **Andreas Fuchs**, als er bei den Wahlergebnissen zur Nationalratswahl auf ein Ergebnis für die SP in AI stieß. Der Rote Seehas hakte nach und hier stellt sich die GFI vor:



Roter Punkt im schwarzen Appenzell Innerrhoden (Schweiz)

Die Gruppe für Innerrhoden (GFI) wurde 1969 gegründet und ist eine der ältesten und aktivsten politischen Gruppierungen im Kanton Appenzell Innerrhoden. Hier bilden wir die links-grüne Opposition. Ursprüngliche GFI-Schwerpunkte waren die Einführung des Frauenstimmrecht und der Gewaltentrennung auf kantonaler Ebene. Heute stehen vor allem Umweltanliegen und soziale Themen im Vordergrund – so zum Beispiel der dauernde Kampf um eine gerechte Steuerpolitik.

In unserem traditionell ländlich-konservativen Kanton mit bald 16000 EinwohnerInnen, in dem Verbände eine politisch entscheidender Rolle als Parteien spielen, stehen wir der Übermacht des Gewerbe- und Bauernverbandes wie auch der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) gegenüber. Aktuell sind wir mit drei Sitzen im 49-köpfigen Kantonsparlament (Legislative) und in zwei von insgesamt sechs Bezirken (Gemeinden) mit je einem Mitglied im Bezirksrat (Exekutive) vertreten.

Wir zählen etwa hundert Mitglieder, wovon rund zwanzig regelmässig politisch aktiv sind. Daneben trägt unsere Kulturgruppe mit Kleinkunstveranstaltungen zur kulturellen Vielfalt im Kanton bei. Unsere satirisch-humorige Fasnachtszeitung zum gesellschaftlichen und politischen Geschehen hat eine mehr als 30-jährige Tradition.



Martin Pfister

Bei den nationalen Parlamentswahlen im Herbst 2011 für den einzigen Innerrhoder Nationalratsstz (grosse Parlamentskammer) konnten wir einen Achtungserfolg verbuchen, unsere offensive und selbstbewusst linke Kampagne, ein Novum für Innerrhoden, als Plattform für politische Botschaften nutzen und dabei viele Sympathien gewinnen. Dieser Schwung aus unzähligen Begegnungen auf der Strasse oder am Stammtisch, wo wir auch mit Sorgen und Ängsten der Bevölkerung konfrontiert wurden, ermutigt uns, mit gestärktem Selbstverständnis unsere Politik fortzuführen und an einer Vergrösserung unserer Mitgliederbasis zu arbeiten.

Seit zwei Jahren kooperieren wir mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) und sind dort in der Koordinationskonferenz und der Delegiertenversammlung vertreten. Diese Zusammenarbeit unterstützt uns im Kampf für unsere gemeinsamen politischen Anliegen. Wir wollen diesen Austausch, den wir während der Wahlkampagne intensiviert haben, aufrechterhalten und gemeinsam für unsere politischen Anliegen eintreten – für alle statt für wenige!

Martin Pfister ist Präsident der Gruppe für Innerrhoden (GFI) und war in Appenzell Innerrhoden Nationalratskandidat 2011 (www.gfi-appenzell.ch und www.martinpfisterappenzell.ch).

Martin Pfister

Martin Pfister ist leider terminlich bereits gebunden und kann daher nicht zur Jahreshauptversammlung der SBI am 18.11. nach Bregenz kommen:

„Danke auch für die Einladung zu unserer Jahresversammlung. Leider bin ich dann schon besetzt. Doch wir sind natürlich gerne an einer Zusammenarbeit interessiert. Seit zwei Jahren kooperieren wir intensiv mit der SP Schweiz. Wir nehmen aber auch gerne die Chance zur internationalen Vernetzung wahr, die ihr uns bietet. Zusammen sind wir stark für eine Politik **"Für alle statt nur für wenige (Privilegierte)"!**

Ich bin weiterhin an Informationen von euch interessiert und komme auch gerne an Versammlungen. Über uns könnt ihr auch mehr erfahren unter www.gfi-appenzell.ch oder www.martinpfisterappenzell.ch. Zudem sind wir auch auf Facebook unter GFI- Gruppe für Innerrhoden erreichbar.

Ich bin auch an den Ausgaben des "Roten Seehasen" interessiert.

Vielen Dank!

**Solidarische Grüsse - auch an eure
Versammlung von übermorgen Martin Pfister**

Nationalratswahlen 2011

Wahlergebnisse SP in Kürze:

Gewählt:

Kanton SH:

- **Hans-Jürg Fehr**

Kanton SG:

- **Paul Rechsteiner**
- **Hildegard Fässler**

Kanton TG:

- **Edith Graf-Litscher**

Kanton AI (Appenzell-Innerrhoden):

Martin Pfister erhielt sensationell 20,3% der Stimmen, schaffte den Einzug ins Parlament nicht s. „Roter Punkt .. S. 21

**Allen Gewählten herzliche Glückwünsche
Vom Roten Seehas**

Der Rote Seehas wird demnächst ausführlicher berichten – auch zu den Ständeratswahlen.

Karl-Heinz König



Landeskonzferenz der SPÖ- Frauen Vorarlberg

**Grandioses Wahlergebnis für
Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher**



In Anwesenheit der Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst, Gabriele Heinisch-Hosek, fand am 14. Oktober, im passenden Ambiente des Frauenmuseums in Hittisau die Landeskonzferenz der SPÖ-Frauen Vorarlberg statt.

Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher ließ in ihrem Bericht dabei auf zwei aktive Jahre mit vielen verschiedenen politischen Aktivitäten zurückblicken. Frauenpolitische Schwerpunkte sind etwa Maßnahmen zum Schließen der Einkommensschere, die in Vorarlberg mit Einkommensunterschieden von gut 31 Prozent besonders weit auseinanderklafft.

Gefördert wird auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen UND Männer, speziell für Vorarlberg auch während der Ferien und über Mittag. Außerdem setzen sich die SPÖ-Frauen für mehr Frauen in Führungspositionen ein - damit verbunden für gesetzliche Quoten, die ein wirksames Mittel sind, wie andere Länder beweisen. Die SPÖ-Frauen engagieren sich auch intensiv im Kampf gegen Gewalt an Frauen.

Dass bei allen Aktivitäten das gesellige Zusammenarbeiten nicht zu kurz kommt, beweisen Reisen, Exkursionen, Ausflüge und Feiern.

Dem Bericht folgten gespannt weitere Ehrengäste: Bundesfrauengeschäftsführerin Mag. a Andrea Mautz, Landesparteiobermann LAbg. StR. Michael Ritsch, LAbg. Mirjam Jäger-Fischer, LAbg. Gabi Sprickler-Falschlunger, Nationalrat Elmar Mayer, SPÖ-Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner und die Landesfrauengeschäftsführerin Erna Zollner.

Das Wahlergebnis konnte sich sehen lassen: Olga Pircher erhielt zum fünften Mal in Folge ein überwältigendes Ergebnis und wurde mit 96,4% wieder-

gewählt.

Olga Pircher bedankte sich für das große Vertrauen und versprach, dass sich die Vorarlberger SPÖ-Frauen weiterhin intensiv für die Chancengleichheit von Frauen in allen Lebensphasen und Bereichen einsetzen werden, von der Ausbildung über den Beruf und die Vereinbarkeit bis ins Alter.

SPÖ-Express, 21.09.2011

Nicht die Naturschutzorganisationen verzögern eine Verkehrslösung im Unteren Rheintal, sondern die ÖVP!

**Jäger-Fischer fordert ein zügiges
Handeln mit kurzfristigen Maßnahmen**



Seit nunmehr fast 35 Jahren verschlingt der Versuch, unter der schwarzen bzw. schwarz-blauen Regierung im Land eine Verkehrslösung für das Untere Rheintal zu finden, Euro-Beträge in Millionenhöhe. Und genauso lange hat diese Regierung nichts unternommen, um die verkehrsgeplagten Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

Dass aber jetzt versucht wird, diese Tatsache dadurch zu vertuschen, indem den Naturschutzorganisationen der schwarze Peter zugeschoben wird, findet SPÖ-Verkehrssprecherin Mirjam Jäger-Fischer ungeheuerlich: „Jahrelang passiert hier nichts, und wenn dann die Geduld der Menschen am Ende ist, sollen dafür auch noch andere den Kopf hinhalten“, ärgert sich Mirjam Jäger-Fischer über diese Taktik.

Die SPÖ unterstützt die im konsensorientierten Planungsverfahren erarbeiteten Lösungen dahingehend, dass ÖPNV-Lösungen forciert und der Ausbau im Schienenverkehr und im schienengebundenen Güterverkehr vorangetrieben werden sollen.

Des Weiteren steht die SPÖ hinter einer Straßenlösung, da eigene Autos aufgrund des Lebensstils und des Selbstverständnisses nicht wegzudenken sind und die Anbindung der Betriebsgebiete in

Dornbirn, Lustenau und Höchst/Fußach - und damit der Lkw-Verkehr - über die Straße erfolgen wird.

Nach Ansicht der SPÖ müsse dabei zügig gehandelt werden und mittels kurzfristiger Maßnahmen eine erste Entschärfung der Situation herbeigeführt werden, zumal die finale Lösung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Für LABg. Mirjam Jäger-Fischer ist es wichtig, dass das Verfahren jetzt zügig abgeschlossen wird und Ergebnisse präsentiert werden. Ein nächster Schritt dazu ist die Unterzeichnung des Schlussdokuments durch alle Mitglieder des Regionalforums, was heute Nachmittag auch von der SPÖ positiv erledigt wird.

SPÖ-Express, 28.10.2011

Michael Ritsch als SPÖ- Landesvorsitzender bestätigt

**41. Parteitag als Auftakt zum 10-
Punkte-Programm „LÄNDLEGERECHT“**

Der Landesparteitag der SPÖ Vorarlberg ging gestern, Freitag, im Cubus in Wolfurt bereits zum 41. Mal über die Bühne. Über 250 Mitglieder nahmen am wichtigsten Gremium der Vorarlberger Sozialdemokratie teil und machten den Parteitag zu einem großartigen Erfolg. Auch Bundeskanzler Werner Faymann war eigens aus Wien angereist, um persönliche Grußworte an die Delegierten zu richten.



Gerechtigkeitsdebatte

Bei der SPÖ Vorarlberg wird das Thema „Gerechtigkeit“ einmal mehr ganz groß geschrieben: SPÖ-Landesvorsitzender Michael Ritsch stellte den TeilnehmerInnen das 10 Punkte umfassende Programm für Vorarlberg vor. Dieses reicht vom leistbaren Wohnen in ganz Vorarlberg bis hin zu Kosteneinsparungen im Bereich der Verwaltung. Die wichtigsten Anliegen der SPÖ sind unter anderem die kostenfreie und flächendeckende Kinderbetreuung, die gemeinsame und ganztägige Schule der 6 bis 15-Jährigen, faire Arbeits- und Einkommensbedingungen sowie Verbesserungen im Bereich Pflege und Familie.

Wiederwahl als Landesvorsitzender

Auch die Wahl des Landesparteivorsitzenden stand auf dem Programm. Michael Ritsch wurde mit großartigem 92% der Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt.

SPÖ-Express, 05.11.2011

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Bundeswehrstandorte Laupheim und Ummendorf:

Martin Gerster, MdB:

„Viele können aufatmen“

In Laupheim fallen 120, in Ummendorf 40 Posten weg

BIBERACH - Der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster begrüßt die Entscheidung von Bundesverteidigungsminister de Maizière, die Bundeswehrstandorte Laupheim und Ummendorf zu erhalten.

„Das ist eine gute Nachricht für unsere Region und alle, die so lange von der Bundesregierung gehalten wurden“, so der 40-Jährige. „Mein Dank gilt allen, die sich in den letzten Wochen und Monaten auf verschiedenen Ebenen für Laupheim und Ummendorf eingesetzt haben.“

Insbesondere ist der Einsatz des Innenministers des Landes Baden-Württemberg, Reinhold Gall, SPD, zu würdigen, der als einziger Minister bereit war, nach Laupheim zu kommen und die über 10.000 Unterschriften aus der Region an das Bundesverteidigungsministerium zu überreichen.“

Trotz der grundsätzlichen Entscheidung, die Standorte Laupheim und Ummendorf zu erhalten, darf laut Gerster nicht verschwiegen werden, dass auch in Laupheim und Ummendorf Posten gestrichen werden. Von den 1750 Posten werden in Laupheim 120 wegfallen; in Ummendorf sind es 40 von 200 Posten.

Biberach, den 26.10.11 **Wolfgang Heinzl,**
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Politischer Martini in Laupheim und in Wolfegg

Der Martinstag war im Mittelalter ein wichtiger Tag. An diesem Tag begannen und endeten alle Dienst- und Beschäftigungs- sowie Miet- und Pachtverhältnisse. Er wurde vielfach auch „Zinstag“ genannt, weil an diesem Tag die Frist für Steuer- und andere Zahlungsverpflichtungen endete (auch „Bündelestag“ war gebräuchlich, weil da das ent-

lassene Personal das „Bündel schnüren“ musste). Der Tag wurde da und dort auch zu öffentlichen Rechenschaftsbekundungen der Obrigkeit genutzt. Vor diesem Hintergrund hat der frühere Bundestagsabgeordnete Rudolf Bindig eine Tradition eingeführt, in der „Post“ in Wolfegg an diesem Tag einen prominenten Gast zu einem Vortrag einzuladen und die Versammlung zu einem Gans-Essen zu bitten. Auch in der SPD wächst die Zahl der Vegetarier, sodass die Zahl der verzehrten Gänsebraten in den letzten Jahren abgenommen hat.

In diesem Jahr organisierte der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster zwei Martini-Versammlungen, in **Wolfegg** mit dem neuen baden-württembergischen SPD-Innen- und Polizei-Minister **Reinhold Gall** und in **Laupheim** mit seinem Kabinettskollegen **Peter Friedrich**, der SPD-Minister für die IBK, die Europa- und Bundesratsan-gelegenheiten.

Gall hielt sich nicht lange mit Genugtuungsempfindungen auf nach dem Motto „Wenn jemand vor einem Jahr gesagt hätte, dass im schwarzen Ländle jetzt die Grünen mit den Roten regieren...“ Schnell kam er zum Jahrestag nine-eleven World-Trade-Center zu sprechen und welche Entwicklung der Islamismus und die internationalen Terror-Kommandos bis heute genommen haben. Auch der Rechtsradikale Terror habe in Europa und aktuell auch in Deutschland zugenommen. Auf der anderen Seite wachse bei einzelnen Bürger/innen das Bedürfnis, das Freiheitsbedürfnis auszudehnen auf Kosten der Allgemeinheit: siehe der Protest gegen das Alkoholverbot und gegen die Einschränkung der Fahrerlaubnis für Senioren oder das Ansinnen der Piraten für ein absolut frei zugängliches Internet. **Gall** monierte einen enormen Nachholbedarf bei den Personalstellen der Polizei. Die Sicherheitsaufgaben hätten landesweit (Bundesligaspiele, Vandalismus, gewalttätige Übergriffe) in einem beträchtlichen Umfang zugenommen. **Gall** appellierte an die Zuhörer, nicht gleich bei jedem kleinen Vorfall zu Feuerwehr oder die Polizei zu rufen. Sicherheit bekomme man nur, wenn sich nicht jeder die Freiheit nimmt, diese bloß zu fordern, ohne ehrenamtlich selbst in gewissem Umfang etwas dafür zu tun. 300 Millionen Euro sind jetzt im neuen Landeshaushalt 2012 für die Aufstockung der Personalstellen bei der Polizei vorgesehen. In 9 Jahren geht nicht ganz die Hälfte des jetzt aktiven Kaders der Landespolizei in den Ruhestand.

Im Kolpingheim in Laupheim präsentierte Minister **Peter Friedrich** die Botschaft an die Europa-Kritiker: „Die Zeit der nationalen Alleingänge ist ein für alle mal vorbei“. Dies gelte für die Sicherheitspolitik ebenso wie für die Energiewende und für die Europäische Währungsunion. **Friedrich** sprach von einer moralischen Verpflichtung, den Euro zu stabilisieren. Europa dürfe nicht auseinander brechen. Die zusätzlichen Kosten für den Bildungsbereich und

für die Polizei könne die Landesregierung nur mit einem Solidaritätsbeitrag der Steuerzahler, auch der Landesbeamten, erbringen, so der Minister. Er sicherte zu, sich in Stuttgart für die Finanzierung eines neuen digitalen Projektors im Planetarium in Laupheim einzusetzen. **Friedrich** nahm zugleich die Erleichterung des Laupheimer Oberbürgermeisters Kapellen und des Bundestagsabgeordneten Martin Gerster zu den kürzlich beschlossenen Erhalt des Bundeswehr-Heeresfliegerstandorts Laupheim auf seiner Rückreise in die Landeshauptstadt (zum Landespresseball) mit. Moderiert wurde die Laupheimer Versammlung von der Ortsvereinsvorsitzenden Brigitte Bailer.

W. Bernhard

SPD Kreis Ravensburg

Mehr Windkraft - auch in Oberschwaben

Mit Anerkennung reagierte der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag Johannes Stober auf den Entwurf zur Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben. Begleitet von Peter Didszun vom SPD-Kreisverband Ravensburg und Mitglied der Verbandsversammlung des Regionalverbandes sprach der Abgeordnete vor kurzem mit Verbandsdirektor Wilfried Franke über dessen Bedenken gegenüber der Änderung des Landesplanungsgesetzes. Dieses weist den Regionalverbänden zwar auch weiterhin die Kompetenz zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Errichtung von Windkraftanlagen zu, jedoch nicht mehr die Kompetenz zur Ausweisung von Ausschlussgebieten für solche Anlagen.

Gegenüber dem Landtagsabgeordneten wies Franke auf die bisher sehr erfolgreichen Gespräche mit den Gemeinden im Verbandsgebiet hin, die eine zunehmende Akzeptanz für Windkraftanlagen gebracht hätten. Der Regionalverband sei sich der Notwendigkeit eines nachhaltigen und zügigen Ausbaus der regenerativen Energien bewusst. Bereits im vergangenen Jahr habe der Verband daher die Fortschreibung des Teilregionalplans eingeleitet. Der aktuelle Planungsstand zeige, dass das Ziel der Landesregierung, bis 2020 mindestens 10 Prozent der Stromerzeugung aus heimischer Windenergie zu decken, erreicht werden könne.

Ohne die Kompetenz des Verbands für den Ausschluss einzelner Gebiete falle dies in die Zuständigkeit der Gemeinden. Damit werde der Konflikt zwischen den Investoren und den Eigentümern von Grundstücken in geeigneten Standorten für Windkraftanlagen einerseits und Windkraftgegnern an-

dererseits in jede Gemeinde getragen. Diese hätten dann über Anträge nach § 35 Baugesetzbuch zu entscheiden, sofern sie die Errichtung solcher Anlagen nicht über die Bauleitplanung steuern können. Franke warnte davor, in Sachen Windkraft von einem Extrem ins andere zu fallen.

Stober wies seinerseits darauf hin, dass die Regionalpläne in der Vergangenheit die Errichtung von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg verhindert hätten. Leider seien einige Regionalverbände in Sachen Förderung der Windkraft noch immer nicht aktiv geworden. Das Landesplanungsgesetz müsse für alle Regionalverbände gelten. Eine Blockadehaltung einzelner Verbände werde die Landesregierung nicht akzeptieren. Der Landtagsabgeordnete zeigte sich jedoch offen gegenüber den Bedenken des Regionalverbandes und sagte zu, sie weiterzugeben.

07.11.2011

Peter Didszun

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Unter dem Titel „Anarchie oder Freiheit“ diskutierten Hilde Mattheis und Mathias Richel über das Thema Vorratsdatenspeicherung

Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Landesvorsitzenden Hilde Mattheis ist Mathias Richel, Mitglied im Gesprächskreis „Netzpolitik und Digitale Gesellschaft“ des SPD-Parteivorstands, am Freitag den 21. Oktober 2011 in die Donaustadt gekommen.



Bild: Büro Hilde Mattheis, MdB

Thema der zweistündigen Diskussionsveranstaltung waren die Herausforderungen moderner Netzpoli-

tik, mit dem thematischen Schwerpunkt der Vorratsdatenspeicherung. Nach einer Einführung in das Thema verdeutlichte Richel, die Schwierigkeiten die mit der Vorratsdatenspeicherung verbunden sind und die Lösungsvorschläge die im politischen Dialog momentan diskutiert werden.

Der Grundkonflikt besteht darin, dass die europäische Union die Vorratsdatenspeicherung von den Mitgliedsstaaten verlangt, diese aber das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung verletzt. Das Bundesverfassungsgericht betonte dieses Grundrecht in seinem Urteil aus dem Jahr 2010, in dem die deutschen Regelungen als verfassungswidrig eingestuft wurden. „Das Thema ist von besonderer Relevanz, da es die Kommunikation aller Bürger betrifft und die Bevölkerung eines ganzen Landes unter Generalverdacht gestellt wird“ so Mathias Richel.

Da nun neue Regelungen getroffen werden müssen um den Anforderungen der EU zu entsprechen, wurde die aktuelle politische Diskussion dargestellt. Des Weiteren wurde auf Tendenzen aus anderen europäischen Ländern eingegangen. Besonders interessant ist, dass Irland eine Klage beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anstrebt, da nach der Auffassung des „High Court“ (vergleichbar mit dem deutschen Bundesverfassungsgericht) in der Vorratsdatenspeicherung eine Verletzung der europäischen Konvention für Menschenrechte sieht. Hilde Mattheis betonte: „Es ist wichtig einen intensiven Dialog zu führen, damit eine Lösung erzielt wird, in der die Bürgerrechte geschützt werden. Im Ergebnis muss ein Gesetz stehen, welches die Verhütung von Internetkriminalität erlaubt, aber die informationellen Selbstbestimmungsrechte der Bürger nicht verletzt“.

Ulm, 21. Oktober 2011, Büro Hilde Mattheis, MdB

Standortreduzierung in Ulm nicht nachvollziehbar

Mit der heutigen Entscheidung zur Bundeswehrreform verliert Ulm als zentraler Bundeswehrstandort deutlich an Bedeutung. In Ulm soll die Zahl der Dienstposten um 1.000 Posten von 3.220 auf 2.220 reduziert werden. „Damit spielt die gute Arbeit, die am Standort Ulm seit Jahren geleistet wird, keine Rolle. Diese Reduzierung ist für Ulm und die Region nicht nachvollziehbar. Die Entscheidung ist offensichtlich ausschließlich nach Zahlen, nicht nach der zentralen Bedeutung des Standorts erfolgt,“ erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis.

Ulm ist mit dem Kommando Operative Führung eine der zentralen europäischen Schaltstellen. „Es stellt sich die Frage, warum ein zentraler Standort in einer Region, die so bedeutsam in der Bundesregierung vertreten wird, nicht gehalten werden kann“, so Mattheis abschließend.

Berlin, 26. Oktober 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Bundesregierung gefährdet kommunale Entsorger:

Abfallgebührenerhöhungen drohen

„Das heute von Union und FDP beschlossene Kreislaufwirtschaftsgesetz gefährdet die kommunalen Entsorger wie etwa die Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm (EBU)“, erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis. „Schwarz-Gelb macht wieder einmal Klientelpolitik zugunsten der privaten Entsorger und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.“

Mit dem Gesetz drohen massive Gebührenerhöhungen bei der Abfallentsorgung. Künftig müssen auch Sammlungen von privaten Entsorgungsunternehmen zugelassen werden, selbst wenn dadurch die öffentlich-rechtlichen Entsorger gefährdet werden oder Gebührenerhöhungen drohen. „Die Bundesregierung stellt damit die Abfallentsorgung als Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in Frage“, kritisiert Mattheis.

Die SPD wendet sich vor allem gegen die so genannte „Gleichwertigkeitsklausel“ im Gesetz. Schwarz-Gelb hat sich hier geweigert, Konkretisierungen in das Gesetz aufzunehmen. Schon Kleinigkeiten wie minimal besserer Service können nach der neuen Gesetzeslage ausreichen, damit private Anbieter gegenüber den kommunalen Entsorgern bevorzugt werden - auch wenn der Preis dafür deutlich höhere Gebühren für Bürgerinnen und Bürger sind.

„Die privaten Entsorger können sich die lukrativen Rosinen herauspicken, während dann durch die Hintertür die Gebühren für nicht wertschöpfende Entsorgung ansteigen. So bleibt den Kommunen schlimmstenfalls nur noch die teure Restmüllentsorgung. Eine solche Klientelpolitik gegen die Kommunen und gegen die Bürgerinnen und Bürger ist nicht länger hinnehmbar. Deshalb müssen die Länder diesen Vorstoß im Bundesrat stoppen“, so Hilde Mattheis abschließend.

Berlin, 28.10.2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis stellt Orientierungspapier zur Pflegerreform vor

Die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis diskutierte am Freitag, 28. Oktober im Café im Kornhauskeller mit Bürgerinnen und Bürgern die Vorstellungen ihrer Fraktion für eine umfassende Pflegerreform. „Niemand soll durch die Reform schlechter gestellt werden, aber

vielen soll es besser gehen, ist die Grundaussage der SPD-Vorschläge“ betonte Mattheis.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Situation der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und den Beschäftigten in den Pflegeberufen zu verbessern. Zu Recht wurde 2011 von der Bundesregierung das „Jahr der Pflege“ ausgerufen. Doch geschehen ist nichts. Bisher hat Gesundheitsminister Bahr noch nicht einmal Eckpunkte für eine Pflege-reform geliefert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Gegensatz zur Bundesregierung mit ihrem Orientierungspapier bereits einen Vorschlag für ein Gesamtkonzept Pflege erarbeitet. Mit diesem Konzept soll für Pflegebedürftige die Unterstützung und Sicherung der Teilhabe ausgeweitet, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglicht, gute Arbeit für Pflegekräfte gewährleistet und die Pflegeinfrastruktur ausgeweitet werden. „Vor allem die bedarfsgerechte Pflege von Demenzkranken ist eine große Herausforderung, die endlich angegangen werden muss“, forderte Mattheis in ihrem Vortrag. Zur Finanzierung schlägt Mattheis eine solidarische Bürgerversicherung Pflege vor, die alle Menschen einbezieht.

Das Orientierungspapier wurde im Anschluss sehr intensiv diskutiert. Anwesend waren auch in der Pflege Tätige und Angehörige von Pflegebedürftigen, die viele konkrete Erfahrungen aus der Praxis und ihrem Alltag in die Diskussion einbrachten. Um diesen Dialog auch weiterhin fortzusetzen wird Hilde Mattheis auch in Zukunft das Gespräch mit Menschen in Pflegeberufen und den Angehörigen suchen.

Ulm, 28. 10. 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Frau
Hilde Mattheis MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Datum: Berlin, 02.11.2011

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage Nr. 265/Oktober:
Kann die Bundesregierung die Presseberichte vom 25. Oktober 2011 bestätigen, wonach laut Aussage des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, die Elektrifizierung der Südbahn Ulm-Friedrichshafen/Lindau in den Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015 aufgenommen wurde, und falls Ja, für welchen Zeitraum ist die Umsetzung vorgesehen?

beantworte ich wie folgt:

Für die weiterführenden Planungen der Entwurfs- und Genehmigungsplanung hat das Land Baden-Württemberg mit der Deutschen Bahn AG (OB AG) am 30.11.2009 eine Planungsvereinbarung abgeschlossen. Die DB AG, die diese Leistungen durchführt, rechnet mit einem Abschluss der Entwurfs- und Genehmigungsplanung Ende 2012. Anschließend wäre das Baurecht zu erlangen. Dies könnte nach hiesiger Einschätzung vsl. ab 2014 der Fall sein. Die Sicherung der Gesamtfinanzierung durch den Bund mit Einsatz von Nahverkehrsmitteln der LuFV oder Regionalisierungsmitteln durch das Land wird vom Bund dann im Wissen um die Bedeutung des Vorhabens in die Planungen einbezogen und vorrangig geprüft werden.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe

gez.: Enak Ferlemann

Enak Ferlemann, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT: Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250

FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de

www.bmvbs.de

Kinder brauchen Schutz der Gesellschaft

Am 27.10.2011 hat der Deutsche Bundestag das Bundeskinderschutzgesetz verabschiedet. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete begrüßt Verbesserungen und spricht sich zugleich für eine bessere Finanzierung der Aufgaben auf kommunaler Ebene aus.

Um Kinder vor Missbrauch und Vernachlässigung besser schützen zu können, verabschiedete der Bundestag ein neues Bundeskinderschutzgesetz. Darin enthalten ist, dass Ärzte Verdachtsfälle von Missbrauch nun direkt melden und Familienhebammen eingesetzt werden können. Hilde Mattheis begrüßt die Initiative der Bundesregierung, macht aber auch deutlich, dass weitere Schritte dringend notwendig sind.

Die Bundestagsabgeordnete fordert eine verlässliche Finanzierung der Maßnahmen ein, damit die ohnehin schon finanzschwachen Kommunen ihren Aufgaben auch gerecht werden können. Hilde Mattheis betont: „Die Jugendämter und die Einrichtungen der freien Träger erbringen den Großteil der Aufgaben im Kinderschutz. Deshalb ist eine bedarfsgerechte Finanzierung Grundvoraussetzung, um die gesteckten Ziele auch zu erreichen.“ Des Weiteren fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass die Kostenübernahme für Familienhebammen auf ein halbes Jahr durch den Gesundheitssektor gewährleistet wird. Familienhebammen sind ein wesentlicher Bestandteil im Konzept des Kinderschut-

zes und müssen daher ausreichend gefördert werden.

Ein weiterer Aspekt, der für die SPD von großer Wichtigkeit ist, ist das gesunde Aufwachsen. Der Prävention muss gerade bei Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle zukommen, da in diesem Lebensabschnitt die Weichen für ein gesundes Leben gestellt werden. Hilde Mattheis betont: „Die SPD fordert eine nationale Präventionsstrategie und ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz, nur so kann die Gesundheit von Kindern nachhaltig gefördert werden.“

Ulm, 03. 11. 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis drängt auf Maßnahmen zur Eindämmung der Glücksspielsucht

Zu dem, von der SPD eingebrachten, Antrag über Maßnahmen zur Bekämpfung der Glücksspielsucht erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, dass gesetzliche Regelungen dringend benötigt werden. Auch in Ulm ist zu erkennen, dass das Automaten-Glücksspiel zunehmend zu Problemen führt. „Es ist wichtig, dass endlich Maßnahmen getroffen werden, die dem immer weiter ausufernden Glücksspiel Einhalt gebieten“ so die Bundestagsabgeordnete.

Gerade für Spielhallen, die vielerorts wie Pilze aus dem Boden schießen, sieht Mattheis dringenden Handlungsbedarf. Daher fordert die Bundestagsabgeordnete: „Kommunen müssen mit Rechtsmitteln ausgestattet werden um sich gegen den Wildwuchs der Spielhallen wehren zu können“ und verweist auf den Söflinger Klosterhof in Ulm. Hier soll in einem traditionsreichen Statteilzentrum, welches unter Denkmalschutz steht, eine Spielhalle eröffnet werden. Da der Klosterhof ein Mischgebiet ist, hat die Stadt keine Rechtsmittel, gegen die Pläne vorzugehen. Daher unterstützt Hilde Mattheis auch die Bestrebungen der baden-württembergischen Landesregierung Spielhallen nicht weiter im Gewerbebereich, sondern im Glücksspielrecht zu führen und hofft, dass ähnlich klare Signale auch von der Debatte im Bundestag ausgehen.

Besondere Aufmerksamkeit soll hierbei dem Jugendschutz zukommen. Aktuelle Studien legen nahe, dass sich die Anzahl der Jugendlichen, die mit Glücksspiel Erfahrungen gemacht haben, in den letzten 10 Jahren verdoppelte. Ca. 15% haben im letzten Jahr an einem Spielautomaten um Geld gespielt. Hiervon entwickelte jeder zehnte eine Suchtproblematik. „Es kann nicht sein, dass Glücksspielautomaten ohne Alterskontrolle zugänglich sind“ betont die Bundestagsabgeordnete.

„Es ist wichtig, das Glücksspiel als gesamtgesellschaftliches Problem zu verstehen und hierauf adäquate Antworten zu finden“ so Hilde Mattheis. Den rapiden Anstieg des Automaten-Glücksspiels verdeutlichen die Umsätze der Branche: alleine die führende Firmengruppe erwirtschaftete über 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 und steigerte somit dem Umsatz um 22% gegenüber dem Vorjahr.

Ulm, den 11. November 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis MdB besucht zum bundesweiten Vorlesetag den städtischen Kindergarten Sudetenweg

Am Freitag den 18.11.2011 besuchte **Hilde Mattheis** MdB den städtischen Kindergarten in Böfingen. Grund hierfür ist der bundesweite Vorlesetag an dem Personen aus dem öffentlichen Leben vorlesen, um auf die Wichtigkeit des Lesens aufmerksam zu machen.

Die Bundestagsabgeordnete freute sich über den netten Empfang im Kindergarten und das große Interesse, dass die Kinder dem Lesen entgegenbrachten. Frau Mattheis las unter anderem das Buch „Der Wald der wilden Tiere“ vor.

Im Anschluss an das Vorlesen führte Frau Fuchs, die Leitung des Kindergartens, die Bundestagsabgeordnete durch die Einrichtung. „Es ist wirklich beeindruckend in welcher schöner Atmosphäre die Kinder hier spielen und lernen können“ betonte **Hilde Mattheis**. Besonders positiv bewertet sie, dass der Kindergarten auch integrativ ist und somit Kindern mit Behinderungen ein Stück Normalität ermöglicht.

Der bundesweite Vorlesetag ist von der **Stiftung Lesen** initiiert wurden. Insgesamt finden in Deutschland 11.000 Vorleseaktionen statt.

18.11.2011

Büro Hilde Mattheis, MdB



Foto: Büro Mattheis

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 11.11.2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Schwarz-Gelb ist und bleibt ein Zukunftsrisiko

Die Themen:

- Warum die SPD-Fraktion die Vorhaben von Schwarz-Gelb ablehnt
- Von peinlichen Pflege-Reformchen und grotesken Steuersenkungen
- Steinbrück: "FDP hat Deregulierung zum Exzess gemacht"
- Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig
- Haushalt 2012: "Armutzeugnis" für Schwarz-Gelb
- SPD-Fraktion fordert die doppelte Staatsangehörigkeit
- Wirtschaftsweise warnen vor Konjunktur-Flaute
- Betreuungsgebühr hält Kinder von früher Bildung fern
- SPD und Grüne gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition
- Menschenrechte in Subsahara-Afrika fördern
- SPD-Fraktion will weniger Bürokratie
- Buergerbeteiligung auf EU-Ebene kommt
- Klimadiplomatie stärken
- Kampf gegen Rechtsextremismus
- Am Glücksspielmonopol festhalten

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Steuersenkungspläne sind vergebliche Vitaminspritze für die Koalition

Video:

- Ute Vogt: Alternative Standorte zur Endlagerung von Atommüll untersuchen
- Aydan Oezoguz fordert die doppelte Staatsangehörigkeit
- Steinmeier: "Pläne der Regierung sind Unsinn"
- 'Warnschuss der Wirtschaftsweisen': Hubertus Heil zur Wirtschaftsprognose des Sachverständigenrats
- Frank-Walter Steinmeier zu den Beschlüssen des Koalitionsgipfels
- SPD-Fraktion will Buergerbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen verbessern

Foto:

- Leitmärkte der Zukunft: Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt
- Zukunftsdialog: Gleichstellung
- Konferenz "Atomendlager: wie, wo und wann?"

Veröffentlichungen:

- Fraktion Intern 8/2011
- Gute Arbeit 5/2011

Stellenangebote:

Stellenausschreibung: Traineeprogramm

Social Media:

Die Fraktion jetzt auch bei Google+

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Schwarz-Gelb ist und bleibt ein Zukunftsrisiko

Die Koalitionsbeschlüsse offenbaren, dass sich die Regierungsfractionen ungebrochen im schwarz-gelben Elend befinden und das Chaos in den eigenen Reihen nicht stoppen können. Die Steuerbeschlüsse sind schlichtweg Betrug, das Betreuungsgeld richtet immensen Schaden an, und das fehlende - obwohl so nötige - Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn zeigt, wie zerstritten die Koalition tatsächlich ist. Und auch auf internationaler Ebene zögert und zaudert die Regierung - wieder einmal.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0_58919.00.html

Die Themen

FINANZEN

Warum die SPD-Fraktion die Vorhaben von Schwarz-Gelb ablehnt - Stellungnahme der SPD-Bundstagsfraktion

Von den vollmundig angekündigten Steuersenkungen bleibt gerade für Geringverdiener kaum etwas, Pflege wird nicht besser, aber teurer und das Betreuungsgeld ist eine zynische Verachtung der Realität. Eine Abrechnung.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58941,00.html

Von peinlichen Pflege-Reförmchen und grotesken Steuersenkungen - Die Sozialdemokraten zerpfücken die Minivorhaben der Regierung als Täuschungen und Irrlichterei

Während die Schuldenkrise um sich greift und die Kanzlerin andere Länder zum Sparen auffordert, will sie daheim fröhlich die Steuern senken und Schulden machen. Das auch noch als Entlastung zu verkaufen, ist für die SPD-Fraktion eine "groteske Überhöhung". Lesen Sie hier die Stellungnahmen und Argumente zu Steuersenkungsvorhaben, Pflegereform und Betreuungsgeld.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58907,00.html

Steinbrück: "FDP hat Deregulierung zum Exzess gemacht" - Debatte über Regeln für Finanzmärkte

Viel hat Schwarz-Gelb in der Krise angekündigt, umgesetzt hat diese Regierung kaum etwas. Nun will sie angeblich mehr Regulierung fuer die Märkte. In der Beratung über einen Koalitionsantrag zeigt sich, wer wirklich den Märkten und Spekulanten Einhalt gebieten will - und wie das geschehen kann.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59028,00.html

ARBEIT

Der gesetzliche Mindestlohn ist überfällig - Nahles: "Merkel macht Lohnuntergrenze zum Schweizer Käse"

Merkel rudert beim Mindestlohn zurück: Untergrenze ja, Einheitsbetrag nein. Für die SPD-Fraktion steht fest: Irgendwelche Lohnuntergrenzen helfen nicht. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann - unabhängig von ergänzender Sozialhilfe. Die Union muss Farbe bekennen.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58991,00.html

HAUSHALT

Haushalt 2012: "Armutzeugnis" für Schwarz-Gelb - Steigende Schulden trotz höherer Steuereinnahmen

Obwohl die Steuereinnahmen steigen, wird der Bund im kommenden Jahr mehr Schulden machen als 2011. In den Schlussverhandlungen zum Bundeshaushalt beschlossen Union und FDP, zusätzliche Kredite in Höhe von 26,1 Milliarden Euro aufzunehmen - vier Milliarden mehr als in diesem Jahr. SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider spricht von einem "Armutzeugnis".

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59033,00.html

INNEN

SPD-Fraktion fordert die doppelte Staatsangehörigkeit - Aydan Oezoguz: "Lebensfremdes Optionsmodell abschaffen"

50 Jahre alt ist das deutsch-türkische Anwerbeabkommen. Zeit für ein Signal an alle Einwanderer: Die Sozialdemokraten wollen die doppelte Staatsangehörigkeit einführen, das Optionsmodell stoppen. So können Identitätskonflikte beigelegt werden. Denn was ist mit denen, die sich als In- und Ausländer fühlen, die nicht wissen, wo ihre Heimat ist? Eine Gesellschaft muss dem Rechnung tragen. Lesen Sie hier die Vorschläge der SPD.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58986,00.html

WIRTSCHAFT

Wirtschaftsweise warnen vor Konjunktur-Flaute - Heil: "Warnschuss vor den Bug der Bundesregierung"

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung erwartet im nächsten Jahr nur noch ein Mini-Wachstum von 0,9 Prozent. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil sieht in dem Gutachten der Wirtschaftsweisen einen "Warnschuss vor den Bug der Bundesregierung".

Mehr ...

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58966,00.html

FAMILIE

Betreuungsgebühr hält Kinder von früher Bildung fern - Zwei Milliarden Euro besser in 50.000 Krippenplätze investieren

Frank-Walter Steinmeier bezeichnete das Betreuungsgeld in der Aktuellen Stunde der SPD als "familienpolitischen, finanzpolitischen, integrationspolitischen, frauenpolitischen und wirtschaftspolitischen Unsinn". An die Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition, die das Betreuungsgeld ablehnen, richtete er die Bitte, diesen verhängnisvollen Weg nicht mitzugehen. Die zwei Milliarden, die die Fernhalteprämie jährlich kostet, sollten in den schleppenden Krippenausbau investiert werden.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58797,00.html

AUSSENPOLITIK

SPD und Grüne gegen eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition - Gemeinsam mit den Grünen legt die Fraktion einen Antrag vor

Obwohl Streumunition zumeist geächtet wird, gibt es etliche Länder, die ein generelles Verbot nicht wollen. Ein Protokoll für das VN-Waffenübereinkommen enthüllt, dass moderne Typen von Streumunition zugelassen bleiben sollen und teils auch solche mit keinem oder nur einem Sicherheitsmechanismus. Die SPD- und Grünen-Abgeordneten drängen die Regierung, ihr Veto gegen das unmenschliche Protokoll einzulegen.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58962,00.html

MENSCHENRECHTE

Menschenrechte in Subsahara-Afrika fördern - SPD-Fraktion fordert kohärente Menschenrechtspolitik

In vielen Staaten in Subsahara-Afrika, also in all jenen Ländern Afrikas südlich der Sahara, leben heute über 100 Millionen Menschen in extremer Armut - mehr noch als vor 20 Jahren. Verschärft wird die Lebenssituation der Menschen dort durch die Tatsache, dass es gerade in diesen Ländern zu häufigen Menschenrechtsverletzungen kommt.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59013,00.html

WIRTSCHAFT

SPD-Fraktion will weniger Bürokratie - Unter Schwarz-Gelb ist Bürokratieabbau zum Stillstand gekommen

Weniger Bürokratie spart Zeit und Geld. Wird unnötige Bürokratie abgebaut, haben gerade mittelständische Unternehmen mehr Spielräume, in innovative Produkte und Dienstleistungen zu investieren. Nachdem in den letzten Jahren gute Fortschritte erzielt wurden, ist der Bürokratieabbau unter Schwarz-Gelb zum Stillstand gekommen. Die SPD-Fraktion will das ändern.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58990,00.html

EUROPA

Buergerbeteiligung auf EU-Ebene kommt - SPD hat Europäische Bürgerinitiative von Anfang an unterstützt

Durch die Einführung der Europaeischen Buergerinitiative besteht die Grosse Chance, Bürgerinnen und Bürgern Europa wieder nahe zu bringen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die EU-Verordnung umgesetzt wird, denn ab April 2012 soll die Europäische Buergerinitiative in Kraft treten. Die SPD war von Anfang an für die Einführung dieses Element der Buergerbeteiligung und hat den Prozess aktiv begleitet.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59015,00.html

UMWELT

Klimadiplomatie stärken - Internationales Klimaabkommen in Durban erreichen

Deutschland muss wieder klimapolitisches Profil gewinnen. Es hat sich gezeigt, dass der internationale Klimaschutzprozess künftig stärker mit außenpolitischen Instrumenten vorangetrieben werden muss. Es bedarf mehr Vertrauen, neuer Allianzen und mehr Staaten, die sich in einer breiten Koalition für einen konsequenten internationalen Klimaschutz einsetzen. Rund zwei Wochen vor dem Beginn der UN-Klimakonferenz in Durban hat der Bundestag die Grosse Anfrage der SPD-Fraktion debattiert.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58812,00.html

SPORT

Kampf gegen Rechtsextremismus - Sport braucht konsequente Unterstützung

Sport kann Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführen und Werte wie Toleranz und gegenseitigen Respekt vermitteln. Er ist jedoch auch das Spiegelbild einer Gesellschaft, in deren Mitte rassistische, antisemitische oder homophobe Vorurteile erschreckend weit verbreitet sind. In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, das Problemfeld Sport und Rechtsextremismus konsequent anzugehen.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,51868,00.html

GESUNDHEIT

Am Glücksspielmonopol festhalten - Suchtprävention ausbauen - SPD-Antrag: Glücksspielsucht bekämpfen

Glücksspielsucht hat schwere Folgen für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Um die Sucht einzudämmen ist das staatliche Glücksspielmonopol aus Sicht der SPD-Fraktion eine wesentliche Voraussetzung. Sie fordert die Bundesregierung auf, in ihrem Kompetenzbereich der Geldspielautomaten tätig zu werden und gemeinsam mit den Ländern ein abgestimmtes System zur Suchtprävention zu entwickeln. Die SPD schlägt außerdem Maßnahmen vor, um Spielsucht an Geldspielautomaten vorzubeugen.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58438,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Steuersenkungspläne sind vergebliche Vitaminspritze für die Koalition

Frank-Walter Steinmeier hat die Ergebnisse des Koalitionsgipfels vom vergangenen Wochenende im Vorfeld der Fraktionsitzung kritisiert. Die Pläne, vor allem in Bezug auf Steuersenkungen und das Betreuungsgeld, seien schlicht skandalös. Der Fraktionsvorsitzende der SPD ist sich sicher, dass dieser Gipfel auch nicht zu einem dauerhaften Frieden unter den Regierungsparteien beitragen werde.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58930,00.html

Video

Ute Vogt: Alternative Standorte zur Endlagerung von Atommüll untersuchen

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=KhVtMwbtXpY&feature=channel_video_title

Aydan Oezoguz fordert die doppelte Staatsangehörigkeit

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=L2iUOVpn8ZU&feature=channel_video_title

Steinmeier: "Pläne der Regierung sind Unsinn"

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=oUMz3sMnPZ0&feature=channel_video_title

'Warnschuss der Wirtschaftsweisen': Hubertus Heil zur Wirtschaftsprognose des Sachverständigenrats

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=CI6cjM4IhY8&feature=channel_video_title

Frank-Walter Steinmeier zu den Beschlüssen des Koalitionsgipfels

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=I0h1VmCYYLI&feature=channel_video_title

SPD-Fraktion will Buergerbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen verbessern

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=6KGggo4juX0&feature=channel_video_title

Foto

Leitmärkte der Zukunft: Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt

Fotos ansehen ...:

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157628095790712/>

Zukunftsdialog: Gleichstellung

Fotos ansehen ...:

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157627956403651/>

Konferenz "Atomendlager: wie, wo und wann?"

Fotos ansehen ...:

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157628075259008/>

Stellenausschreibung

Stellenausschreibung: Traineeprogramm - Unser Projekt heißt Zukunft - Machen Sie mit!

Die SPD-Bundestagsfraktion bietet für das kommende Jahr insgesamt 11 Traineestellen für Hochschulabsolventen an. Die Stellen sind in verschiedenen fachpolitischen Bereichen zu vergeben. Bewerbungsschluss ist der 27. November 2011.

Mehr

<http://www.spdfraktion.de/Stellenangebote/Traineeprogramm>

Socialmedia

Seit dem 8.11.2011 ist die SPD-Bundestagsfraktion nun auch bei Google+ vertreten und zieht dort weitere Kreise.

Link zur Seite

<https://plus.google.com/103178420867180228321>

Veröffentlichungen

Fraktion Intern Nr. 8 vom 14.11.2011

Schwerpunktthemen: Europäische Finanzkrise, Nordafrika

Fraktion Intern ansehen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58973.00.html

Gute Arbeit 5/2011

Die Arbeitnehmerzeitung der SPD-Bundestagsfraktion

(8 Seiten, A3)

Zeitung ansehen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15213.00.pdf

Diese und weitere Veröffentlichungen können Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214.00.html

Mit freundlichen Grüßen

webteam@spdfraktion.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

fivesper@googlemail.com

Fabien Vesper:

fabien@vesper.eu

martin.gerster.ma01@bundestag.de

M. Gerster, MdB:

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Wolf99maci@aol.com

Bürgerbüro Biberach:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

Dieter Stauber:

dieter.stauber@online.de

Astrid Klug:

info@astrid-klug.de

Olaf Jahnke:

jahnke@komintext.de

Gretel Schwaderer:

schwaderer@gg@t-online.de

Hans Klein:

ha-klein@web.de

Ludwig Dorner:

Ludwig.Dorner@t-online.de

Winfried Kropp (Pressesprecher)

SPD Kreis Konstanz:

kropp@spd-konstanz.de

Dario Sulzer:

sulzer@sp-sg.ch

Ariana Krizko:

krizko@sp-sg.ch

Barbara Gysi:

bg@barbara-gysi.ch

Martin Pfister:

m-pfi@bluewin.ch

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Peter Didszun:

peter.didszun@web.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Info-Seite Landesregierung B-W:

www.baden-wuerttemberg.de

Mail-Informationsdienst:

webteam@spdfraktion.de

SPD-BW:

bawue@spd.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de